

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169.

Montag, den 22. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Unser Organisationsstatut.

Eine der wichtigsten Fragen, mit denen sich der diesjährige Parteitag in Chemnitz zu beschäftigen hat, ist die Frage der Abänderung unseres Organisationsstatuts. Als dasselbe vor einigen Jahren beschlossen worden war, da glaubte wohl niemand innerhalb der Partei, daß man nach verhältnismäßig kurzer Zeit schon wieder an eine Änderung herantreten würde. Daß es trotzdem geschehen soll, hat bekanntlich seinen Grund in einem Beschluß des vorjährigen Senner Parteitages, nach welchem zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Kommission eingesetzt wurde. Mit Reorganisationen ist es aber manchmal so ein eigen Ding; im Eifer des Bestrebens, nun unter allen Umständen zu bessern, schafft man recht häufig Verschlechterungen.

Und deshalb sollte man mit Reorganisationen äußerst vorsichtig zu Werke gehen und sie nur dann vornehmen, wenn sie dringend notwendig sind. — Lag resp. liegt aber eine derartige dringende Notwendigkeit innerhalb unserer Partei vor? Wir verneinen diese Frage, nachdem der vorjährige Parteitag auch nicht den geringsten Schatten eines Beweises dafür erbracht hat. Die Beschwerden, die von einzelnen Genossen und einer Genossin gegen den Parteivorstand erhoben wurden, fielen bei genauer Prüfung der Sachlage in ein Nichts zusammen. Und wenn vielleicht infolge Arbeitsüberhäufung im Parteivorstand einige Sachen etwas schneller hätten erledigt werden können, so wurde dem abgeholfen durch die Anstellung eines weiteren Parteisekretärs. Ein stichhaltiger Grund war und ist also zur Reorganisation nicht gegeben.

Nachdem die Vorschläge der Kommission bekannt wurden, setzte in der Presse und in unseren publizistischen Organen eine rege Diskussion ein. Soweit diese entscheidend ist für die Stimmung innerhalb der Partei, kann heute schon mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden, daß große Aussichten auf Annahme der Reorganisationsvorschläge nicht vorhanden sind. Das trifft insbesondere zu auf den vorgeschlagenen Parteiausfluß. Derselbe soll aus 32 von den einzelnen Landesstellen vorgeschlagenen und vom Parteitag zu beauftragenden Mitgliedern bestehen. Seine Funktionen sollen darin bestehen, daß er gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteistrukturen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, zu entscheiden und außerdem die Tagesordnung des Parteitages festzusetzen und die Referenten zu bestellen hat.

Die Kommission erblickt also in diesem Parteiausfluß einen Beirat des Parteivorstandes, der gleichzeitig die Verbindung zwischen den Mitgliedern der einzelnen Landesstellen und dem Vorstand aufrecht erhalten soll.

Auf den ersten Blick mag dieser Vorschlag etwas Verlockendes in sich bergen; mancher Genosse wird annehmen, daß derselbe geeignet sei, den demokratischen Charakter unserer Partei zu heben. Das wäre sicherlich auch der Fall, wenn heute nicht schon eine ähnliche Einrichtung bei uns bestände. § 19 Abs. 3 unseres Organisationsstatuts besagt: „Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich zu hören, oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.“ Von dieser Bestimmung des Statuts ist auch bei allen wichtigen Anlässen Gebrauch gemacht worden. Was also vorgeschlagen wird, besteht heute schon. Wir würden nur mit dem neuen Parteiausfluß, der alle Vierteljahr zusammentritt, ein überflüssiges Ballast am Parteikörper schaffen. Die Aktionsfähigkeit des Vorstandes würde dadurch nicht gefördert, sondern ganz wesentlich erschwert. Der Vorstand einer politischen Partei muß unter allen Umständen die Möglichkeit haben, sofort Entschlüsse fassen zu können, ohne vor der Hand an eine andere Körperschaft gebunden zu sein. Ihm dürfen im Interesse der Partei nicht die Hände gebunden sein; deshalb sehen wir in das Vorstandsamt ja auch unsere befähigtesten Genossen.

Nun könnte unter Umständen eingewendet werden, daß es bei der Ausdehnung unserer Partei nötig sei, den Verhältnissen der einzelnen Landesstellen Rechnung zu tragen. Und deshalb müsse eine neue Parteistruktur errichtet werden. Auch dieser Einwand ist hinfällig, da ja im Parteiausfluß nicht jeder Landesanteil vertreten ist. Das sieht auch die Kommission ein, deshalb will sie neben dem Ausschuß die Konferenzen der Landesvorstände beibehalten. Jedem Genossen wird einleuchten, daß unter solchen Umständen die Vorstandskonferenz weitaus geeigneter erscheint, als Bindeglied zwischen Parteivorstand und Genossen zu fungieren, und daß bei dem bisherigen System den Verhältnissen der einzelnen Landesstellen besser Rechnung getragen werden kann, als wenn noch extra ein Parteiausfluß eingesetzt wird.

Nun ist weiter im Verlauf der Diskussion ein Vorschlag gemacht worden, der auf die Einrichtung eines politischen Beirates, dessen Mitglieder aus Groß-Berlin genommen werden sollen, hinausläuft. Diesen Vorschlag müssen wir eben so entschieden ablehnen, wie den der Einrichtung eines Parteiausflusses. Eine Besserung wird dadurch aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht erst anzuführen brauchen, nicht erreicht. Vielmehr wäre zu befürchten, daß dadurch nur ein neuer Zankapfel innerhalb der Partei geschaffen würde.

Wir stehen also auf dem Standpunkte, daß die Partei gar keine Ursache hat, an dem bisherigen Zustand etwas zu ändern. Möge sie deshalb die Neuerungsvorschläge ablehnen.

Gegenüber diesem wichtigen Punkt der Reorganisation sind die übrigen Abänderungsvorschläge nur sekundärer Natur. Da wird die Festsetzung eines Mindestbeitrages von 40 Pfg. monatlich oder 10 Pfennig wöchentlich für männliche, 20 Pfg. monatlich oder 5 Pfg. wöchentlich für weibliche Mitglieder vorgeschlagen. Gewiß sind auch wir für eine größtmögliche Stärkung unserer Kriegskasse. Andererseits aber soll man auch den Armen der Armen, die heute noch für 15 und 18 Mk. wöchentlich fronden müssen, soll man auch den Landarbeitern mit ihrem kärglichen Einkommen Gelegenheit geben, der Partei beizutreten zu können. Wenn nicht triftige Gründe vorliegen — und solche sind nicht angeführt worden — dann sollte man einen solchen Schritt nicht unternehmen. Genau so liegt es auch mit der Erhöhung der Beiträge für die Genossinnen. Wir wollen und müssen versuchen, auch die Frauen immer mehr für die politische Organisation zu gewinnen. Dann aber muß es ihnen und ihren Männern — die ja in der Mehrzahl der Fälle als zahlendes Objekt auch für den Beitrag der Frauen in Frage kommen — so leicht wie möglich gemacht werden. Deshalb lehnen wir die vorgeschlagene Beitragserhöhung — die unter keinen Umständen mit den Beitragserhöhungen in den Gewerkschaften verglichen werden kann — ab.

Als letzter Punkt kommt bei den gemachten Vorschlägen eine Beschränkung der Teilnahme der Reichstagsfraktion an den Parteitagen in Betracht. Hier soll die Fraktion eine Delegation bis zur Stärke eines Drittels ihrer Mitglieder entsenden. Wir halten diesen Vorschlag nicht für glücklich. Richtig ist ja, daß bei dem Wachen unserer Fraktion die Frage einer Delegation manche Anhänger findet. Es darf aber nicht vergessen werden, daß unsere Abgeordneten als unsere Vertrauensleute ein Recht haben, an den Beratungen der Parteitage — deren Beschlüsse sie in parlamentarischer Beziehung durchzuführen haben — teilzunehmen. Und würde wirklich der Chemnitzer Parteitag den Vorschlägen der Kommission zustimmen, dann wäre an der Sache selbst doch nur wenig geändert. Die Kreise würden sicherlich ihre nicht von der Fraktion delegierten Abgeordneten zum Parteitag wählen. Es käme also auf daselbe hinaus. Deshalb lassen wir ruhig unsere parlamentarischen Vertreter nach wie vor an den Beratungen unserer Parteitage teilnehmen.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind, wie unsere Leser ersehen, recht schwerwiegender Natur. Wir haben unserer Meinung Ausdruck gegeben. Möge nun jeder Genosse und jede Genossin jetzt einmal selbst die hier erörterten Fragen nachprüfen, damit die nächste Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines, die sich mit dieser Sache beschäftigen wird, das Für und Wider einer eingehenden Erwägung unterziehen kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen den Geburtenrückgang.

Mit welchem Hochdruck die Behörden in Preußen gegen den Geburtenrückgang vorgehen, zeigt folgende Maßnahme des Müßeldorfer Regierungspräsidenten. Er unterzagt in einer Verfügung den Standesbeamten seines Regierungsbezirks, Geburten und Eheschließungen durch die Zeitungen künftig anzukündigen. Es soll dadurch verhindert werden, daß Familien Brochüren und sonstige Angebote zugesandt werden, die zumeist die Verhütung von Kinderlegen betreffen. Angesichts der Bewegung, die Zahl der Geburten künstlich niederzuhalten, müsse diesem Treiben mit aller Schärfe entgegengetreten werden. — Es wird angenommen, daß dieses Verbot auf das ganze preußische Staatsgebiet ausgedehnt wird.

Der Herr China-Sachverständige.

Der Brandenburger Professor Dr. Görke, eifriges Mitglied des Reichsverbandes, ist bei den letzten Reichstagswahlen unterlegen, obwohl er sich alle Mühe gab, dadurch wieder in den Reichstag zu kommen, daß er sich

als Sammelkandidat für alle bürgerlichen Parteien anpries. Während seiner Reichstagsstätigkeit hat er eine überaus fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit entfaltet und den Abfah seiner Leistungen hat er wohl ganz wesentlich auch mit dem Umstande verdanken können, daß hinter seinem Namen das „M. d. R.“ prangte. Professor Görke veröffentlicht nun in der „Braunschweigischen Landesztg.“ einen langen Artikel: „Zur Lage in China“, und die Redaktion bemerkt in einer Fußnote:

„Herr Professor Dr. Görke hat im vorigen Jahre als Mitglied des Reichstags und als Vertrauensmann von dessen Budgetkommission China bereist.“

Daran ist nun mancherlei unrichtig. Vor allem stimmt es nicht, daß Dr. Görke als Vertrauensmann der Budgetkommission des Reichstages nach China ging. Das Reichsmarineamt hatte damals, auf dessen Anregung, weiß man nicht, Herrn Dr. Görke und einen Zentrumsabgeordneten zu einer Besichtigung von Kiautschow eingeladen. Der Zentrumsabgeordnete lehnte ab, Herr Dr. Görke aber lies verkünden, daß er die Ausreise antreten werde. Tatsächlich ist er dann auch abgereist und das Reichsmarineamt gab ihm den Kapitän zur See Brünninghaus als Mentor mit. Herr Görke hat dann des langen und breiten diese Reise beschreiben und aus der Beschreibung konnte man ersehen, daß er in überaus eiligem Tempo mit der transsibirischen Eisenbahn Rußland und dann China durchquert hat. Die Presse so ziemlich aller Parteien hat diese Reise, die ein einzelner Mann, dessen Durchfall bei den nächsten Wahlen außer allem Zweifel stand, auf Reichskosten unternommen hat, nicht gerade günstig aufgenommen, denn die Mittel des Reiches sind für andere Zwecke notwendiger, als daß man einen Abgeordneten auf Reichskosten eine solche Spritztour machen läßt. Seit dieser Zeit ist Herr Professor Görke für liberale Zeitungen der „Sachverständige“ für China, Kiautschow und die umliegenden Dörfer geworden.

Offiziöse Eudelei über die Volksversicherung.

Nachdem die arbeiterfeindlichen Preßkosaken die von den Gewerkschaften und den Konsumvereinen gegründete „Volksfürsorge“ in bekannter Manier abgetan haben, kommt auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das preußische Regierungsorgan, um in ihrem Wochenrückblick zu dieser Sache ebenfalls etwas zu sagen. Aber was das Kanzlerblatt hierzu zu sagen hat, ist so unglücklich und von so niederrichtiger Art, daß man annehmen kann, die Ausführungen stammen von einem Schreiber des berüchtigten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Das Blatt leitet seine Ausführungen wie folgt ein: „Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist in Verbindung mit den Konsumvereinen gleicher Farbe der Plan zu einer sogenannten Volksversicherung in Angriff genommen worden. Es versteht sich von selbst, daß hier nur der notdürftige humanitäre Aushang gelassen wurde, um im Beginn zu blenden; sonst aber ist die Einrichtung, wie jede von der gleichen Herkunft, als eine Fangvorrichtung gedacht, womit man, immer weitergreifend, neue Kreise an die Parteizwecke heranzwingen möchte.“ Dann bemerkt die „Offiziöse“, ursprünglich habe die Absicht geherrscht, den Versicherungen keinen Rechtsanspruch zu gewähren, um, wie die „Kreuzzeitung“ ausgeführt habe, die Gewerkschaftler an die Kette zu legen, damit sie jederzeit ein willenloses Werkzeug in der Hand des Gewerkschaftsführers seien. Dielem Plan habe das Aufsichtsamt für Privatversicherung einen wirklichen Damm entgegengesetzt, indem es einfach vorschrieb, die Volksversicherung müsse einen Rechtsanspruch gewähren, widrigenfalls die Genehmigung verjagt würde.

Nach diesen Verbädhtigungen wird der Leser nach der eigenen Stellungnahme des Kanzlerblattes fragen. Man soll sie wohl folgenden Zeilen entnehmen:

„Auch auf dem Landwirtschaftlichen Genossenschaftstage in Dresden ist, wie bereits gemeldet, eine Resolution zur Annahme gelangt, die der neuen sozialdemokratischen Absicht scharf gegenübertritt. Generallandwirtschaftsdirektor Rapp als Redner betonte, die Bundesregierungen müßten Bedenken tragen, jene Volksversicherung zu genehmigen. Böten die bestehenden Vorschriften keine Handhabe für ein Verbot, dann sei eine schnelle Änderung der Gesetzgebung notwendig, damit der Staat nicht wehrlos dem sozialdemokratischen Messer ausgeliefert werde. Solch eine Versicherung sei lediglich eine neue Form der sozialdemokratischen Propaganda. Um diese zu bekämpfen, verlangte der Redner überall die Gründung volkstümlicher öffentlicher Lebensversicherungsanstalten.“

Diese Anwürfe unterstreicht das offiziöse Organ noch wie folgt: „Gewiß ist, daß die plötzliche so eifrigen Volksversicherer, die allein wahrhaftigen Kämpfer gegen Unrecht und Unterdrückung, unbeirrt fortfahren, ihre eigenen Arbeitnehmer möglichst jämmerlich zu entlohnen und so „menschen-

würdig" zu behandeln, wie es die Norm bei Elementen zu sein pflegt, denen man aus freier Wahl kein fremdes Geschick überantworten dürfte. Und nun folgt der demagogische Artikel aus der "Nationalliberalen Korrespondenz" über die "Arbeits- und Gehaltsverhältnisse in den sozialdemokratischen Konsumvereinen", den wir bereits Anfang dieses Monats gründlich abgetan haben. Der Artikel fußt auf einer im "Reichsarbeitsblatt" erschienenen Statistik, die im Jahre 1910 vom Verband der Lagerhalter aufgenommen wurde. Über weder die "Nationalliberale Korrespondenz" noch die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" teilen ihren Lesern mit, daß die Statistik aus dem Jahre 1910 stammt, und daß das "Reichsarbeitsblatt" der Statistik anfügte: seitdem hätten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten in den Konsumvereinen nicht unwesentlich verbessert. Nachdem in der sozialdemokratischen Presse dieses unaufrichtige Vorgehen der "Nationallib. Korrespondenz" gebührend gekennzeichnet wurde, hätte man erwarten können, daß das Regierungsorgan nicht aus so trüber Quelle schöpft. Aber es muß ja in die Kerbe der Scharfmacher hauen, und da scheint dem Blatt jedes Mittel recht zu sein.

Das deutsch-französische Kongoabkommen.

Die deutsch-französische Kommission, welche in Bern tagte, um die Ausführung des deutsch-französischen Kongo-Abkommens vom 4. November 1911 in die Wege zu leiten, hat ihre Arbeiten beendet. Sie hat am Freitag das Schlußprotokoll, das den Wortlaut der beiden Regierungen zu unterbreitenden Vereinbarungen enthält, unterzeichnet.

Halbsamtlich wird über die Verhandlungen, die am 17. Juni begannen, und die sechs Wochen dauerten, noch gemeldet:

Die Arbeiten haben für beide Teile einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Ihr nächster Zweck hat darin bestanden, die technische Tätigkeit der an Ort und Stelle zu entsendenden Abgrenzungskommission vorzubereiten. Sodann soll eine Vereinbarung über die Modalitäten und Daten für die Übergabe der Gebiete, die abzutreten sind, getroffen werden. Die Kommission hat diese Aufgabe in der Weise gelöst, daß sie über jede der beiden Fragen den Text für eine Vereinbarung festlegte, die den Regierungen zur Ratifizierung unterbreitet werden soll.

Die schwierigste Frage betraf die Konzeptionsgesellschaften in dem an Deutschland abgetretenen Gebiete. Diese Frage erforderte eine Behandlung in nicht weniger als fünfzig Artikeln. Deutschland hatte Zweifel ausgedrückt, ob die erteilten Konzeptionen legitim seien, weil es sie als einen Widerspruch zu der Handelsfreiheit der Berliner Kongoakte ansieht. — Der Vertrag von Bern, wie er nun zustande gekommen ist, trägt nicht den Charakter einer Schlußaktion. Er ist lediglich ein neues Glied in einer langen Kette.

Verfassungsbruch in Schwarzburg-Rudolstadt.

Nachdem der Regierung ihre Absicht, durch die Landtagsauflösung eine genehmerte Majorität zu erhalten, durchkreuzt worden, versucht sie jetzt auf anderem Wege ihre Pläne zu verwirklichen. Es werden, ohne die Einwilligung des Landtages, einfach Gesetze dekretiert. In der letzten Nummer des Regierungsorgans wird ein Gesetz dekretiert, das allen Staatsbeamten, den Schul Lehrern und Geistlichen eine Steuererhöhung von acht Prozent ihres Jahresgehaltes bringt. Der frühere Landtag hatte sich schon mit dem nämlichen Gesetz zu befassen; unsere Vertreter erklärten auch, nicht gegen eine solche Zulage zu sein, behielten sich aber in der Festsetzung der Zulagen eine andere Form vor, da sonst die hohen Beamten hohe, und die niederen Beamten niedrige Zulagen erhalten hätten. Bezüglich der Zulagen der Geistlichen erklärten unsere Genossen, daß bei diesen keine Notlage vorläge und deshalb von einer Zulage absolut keine Rede sein könne. Nun hat die Regierung, obwohl sie weiß, daß der neue Landtag nicht damit einverstanden ist, einfach dieses Gesetz dekretiert. Zweifelslos bedeutet das eine grobe Verfassungsverletzung, denn die Regierung darf ein solches Gesetz nur erlassen, wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Das muß aber im vorliegenden Fall entschieden verneint werden, denn die Einberufung des Landtages ist auf den 4. September angeordnet, so daß der Landtag selbst entscheiden konnte. Das bittere Ende für die Regierung kommt nach. Nach der Verjagung sind solche dekretierten Gesetze dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt zur Genehmigung vorzuliegen, und unsere Genossen werden dann dafür sorgen, daß dem Selbstherrschertum des jetzigen Staatsministers, Fräulein v. d. Recke, ein gehöriger Dämpfer aufgesetzt wird. Ohne Zweifel bedeutet das Vorgehen der Regierung eine Provokation gegen unsere Partei, unter deren Deckmantel dann die Regierung in einer der ersten Landtagsitzungen wahrscheinlich die zweite Landtagsauflösung vornehmen wird.

Mandatsgerauche.

Nachdem die "liberalen" Parteien Württembergs ihr Wahlgeschick abgeschlossen, ist man jetzt allenthalben mit der Kandidatenaufstellung beschäftigt. Dabei ereignen sich die heftigsten Gruppenbildungen. Für das Oberamt Göppingen, das die vereinigten Liberalen von der Sozialdemokratie schon zurückgewonnen zu haben glauben, muß nach dem Abkommen ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt werden. Die Nationalliberalen suchten und suchten nach einer "zugänglichen" Persönlichkeit und fanden schließlich den Bürgermeister Dr. Reck von Göppingen, der im vorigen Jahre zum Stadtvorstand von Stuttgart geworden war. Reck wurde damals als Kandidat der Volkspartei präsentiert und von den Nationalliberalen aufs härteste bekämpft. Jetzt ist er nationalliberaler Kandidat! Der ährliche Mann hatte vor seiner Wahl zum Stadtvorstand von Göppingen übrigens auf Drängen der Nationalliberalen die heilige Verpflichtung abgeben müssen, daß er keine Kandidatur für den Landtag annehmen werde. Jetzt liegt er für den Antrag derselben Nationalliberalen durch die Gemeindevorstellung von seinem Versprechen entbunden. — In der Stadt Ludwigsburg hat die Volkspartei den Oberbürgermeister Dr. Hartmann als Kandidaten auf, der sich gleich-

falls um die Stuttgarter Stadtvorstandsstelle bewarb, damals aber von der Volkspartei abgelehnt wurde, weil er konservativ-plebiszitischen Neigungen huldige. Nunmehr ist er geeignet als "demokratischer" Landtagskandidat, ein Mann, der nie in seinem Leben irgend etwas mit der bürgerlichen Demokratie zu tun gehabt hat! Noch einige weitere liberale Schultzeißenkandidaturen dieser Art stehen in Aussicht, sodaß, wenn das Wahlgeld den Herren günstig sein sollte, wieder eine "Schulzenkammer", wie sie vor zwanzig Jahren das Angriffsobjekt volksparteilicher Agitation war, zustande kommen könnte.

Innerhalb des Zentrums spielen sich die schärfsten persönlichen Kämpfe um die Landtagsmandate ab. Den Abgeordneten Schach von Rottenburg hat man von der Leistung nicht nur zum Rücktritt gezwungen, sondern auch eine Erklärung unterschreiben lassen, daß er nicht wieder kandidieren werde (aus früheren Erfahrungen fürchtet das Zentrum "wilde" Doppelkandidaturen aus den eigenen Reihen). Den Abgeordneten Kehler von Horb möchte die Zentrumsleitung durch den in seinem Oberndorfer Bezirk unmöglich gewordenen Abgeordneten Andre ersetzen, aber Kehler läßt sich nicht verdrängen. Gegen den Zentrumsabgeordneten Schick-Laupheim kämpft eine lokale Gegenpartei, und selbst der Fraktionsvorsitzende Dr. v. Riene muß sich öffentlich wehren gegen eine rücksichtslose Opposition der eigenen Partei. In dem Vierteljahr, das uns noch vom Wahltermin trennt, kann man noch allerlei erleben im Gerauche um die Mandate. — In unserer Partei ist die Kandidatenaufstellung soweit vorangeschritten, daß nur noch wenige Bezirke unbelegt sind.

Wie die Offizierspensionen gewachsen sind.

Nichts charakterisiert die Art und Weise, in der der Moloch mit den Großen der Steuerzahler umgeht, besser als ein Vergleich der Offizierspensionen von früher und jetzt. Nachstehende Tabelle gibt darüber Auskunft. Es erhält Pension:

| | |
|---|---|
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter kommandierender General 16 498 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter kommandierender General 19 455 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Divisionskommandeur 11 572 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Divisionskommandeur 13 470 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Brigadeführer mit 36 Dienstjahren 8 176 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Brigadeführer mit 36 Dienstjahren 9 363 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Regimentskommandeur mit 33 Dienstjahren 5 906 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Regimentskommandeur mit 33 Dienstjahren 7 200 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Bataillonskommandeur mit 29 Dienstjahren 3 701 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Bataillonskommandeur mit 29 Dienstjahren 5 154 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Hauptmann mit 26 Dienstjahren 2 589 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Hauptmann mit 26 Dienstjahren 3 585 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Oberleutnant mit 14 Dienstjahren 674 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Oberleutnant mit 14 Dienstjahren 1 395 Mk. |
| Ein vor dem 1. 4. 1897 pensionierter Leutnant mit 10 Dienstjahren 487 Mk. | Ein nach dem 31. 3. 1908 pensionierter Leutnant mit 10 Dienstjahren 996 Mk. |

Man sieht, wie auch hier aus dem Vollen geschöpft wurde. Die größte Aufbesserung haben natürlich die Pensionisten erhalten, die überhaupt keine Erhöhung gebraucht hätten, nämlich die kommandierenden Generale und Divisionskommandeure. Auch bei den Brigadeführern war eine Aufbesserung vollkommen überflüssig. Ein Brigadeführer, der mit 36 Dienstjahren verabschiedet wird, ist erst 55 bis 56 Jahre alt, steht also in einem Alter, in dem Zivilisten im allgemeinen noch lange nicht an das Privatleben denken. Hier wäre eine Pension von 8 176 Mk. gewiß genügend gewesen. Ein Regimentskommandeur mit 32 Dienstjahren ist 51 bis 52 Jahre alt. Er hat jetzt eine Pension von 7 200 Mk. Die Staatsbeamten, die in einem solchen Alter 7 200 Mk. als Ruhegehalt beziehen, sind dünn gesät. Ein pensionierter Major mit 48—49 Jahren bezieht jetzt ein Ruhegehalt von 5 154 Mk. ein. Wird er 70 Jahre alt, so muß ihm das Volk die Pension 21 Jahre bezahlen. Ein Hauptmann bezieht jetzt schon mit 45—46 Jahren eine Pension, die um nahezu 200 Mk. höher ist als die Pension eines im Jahre 1896 verabschiedeten Bataillonskommandeurs von 48—49 Jahren. Er hat um 1 300 Mk. mehr als ein gleichaltiger Hauptmann, der das Pech hatte, vor dem 1. April 1897 pensioniert zu werden. Ein Leutnant mit 10 Dienstjahren bezieht jetzt eine um 322 M. höhere Pension als ein im Jahre 1896 verabschiedeter Oberleutnant mit 14 Dienstjahren.

Trotz der bedeutenden Erhöhungen der Offizierspensionen suchen die Bundesstaaten, voran natürlich Preußen, die pensionierten Offiziere in den Ortskrankenkassen, in den Versicherungsämtern und in anderen Sparten nach Kräften unterzubringen. Und die Zivilisten, die kein Pension beziehen, haben das Nachsehen.

Durch die letzte Militärvorlage, die mehr als 1000 neue Offiziersstellen schuf, wird die Kalamität nur noch größer werden, denn die große Säge arbeitet natürlich gerade so weiter wie bisher. Vielleicht schlägt sie sogar ein noch schnelleres Tempo ein. Aber trotzdem die Zivilisten vom Militarismus so schon in die Ecke gestellt werden, liegen sie, sofern sie nicht sozialdemokratisch "injiziert" sind, vor dem zwerfel Luch auf dem Band.

Italien.

Der italienische Angriff auf die Dardanellen. Die sonst so ruhredigen Italiener haben gestern noch heftig bestritten, daß einige italienische Torpedoboote den Versuch gemacht hätten, in die Dardanellen einzufahren. Jetzt kommt nun folgende Depesche aus Rom:

Die "Agenzia Stefani" bestätigt, daß italienische Torpedoboote in der Nacht zum Freitag unbemerkt 20 Kilometer in die Dardanellen eingefahren sind, trotz des Kreuzens der Forts, und die türkische Verteidigungsstellung aufgeklärt haben. Sie sind in voller Ordnung, ohne Verlust, in das Ägäische Meer zurückgekehrt.

Also unbemerkt blieben die Torpedoboote und kamen doch ins Kreuzfeuer? Merkwürdig, höchst merkwürdig! Und ebenso merkwürdig klingt folgende Nachricht: Die "Agenzia Stefani" veröffentlicht folgende amtliche Note: Infolge dringender wiederholter Informationen, die dem Oberkommando der italienischen Seestreitkräfte zugegangen waren, und die besagten, daß die türkische Flotte beabsichtige, einen Überfall auf unsere Schiffe im Ägäischen Meere zu versuchen, wurde in den letzten Tagen angeordnet, die Kreuzfahrten unserer Torpedobootszerstörer öfter und weiter nach Norden hin stattfinden zu lassen. Die Torpedobootsflotte fuhr, vielleicht während sie die feindlichen Torpedoboote verfolgte oder in der Absicht, eine Erkundung vorzunehmen, mit bewunderungswürdiger Kühnheit und in vollkommener Ordnung unbemerkt in die Dardanellen ein.

Eine Depesche aus Konstantinopel vom 20. Juli besagt: Die Konular- und Privatmeldungen erwähnen nur den Beginn der Kanonade nach 1 1/2 Uhr nachts. Den Blättern zufolge ist das italienische Geschwader von dem in der Meerenge kreuzenden türkischen Torpedoboot "Rutahia" bemerkt worden, das sich unter den Schutz der Festungen flüchtete. Da die italienischen Torpedoboote die "Rutahia" angriffen, erwiderten die Festungen das Feuer, an dem sich auch die "Rutahia" beteiligte. Außer den zwei italienischen Torpedoboote, die gesunken sind, wurden zwei anderen die Masten und Schornsteine zerstört.

Wie die Blätter erfahren, sollen die Dardanellen nicht geschlossen werden, sofern kein neuer Angriff erfolge.

Amlich wird aus Konstantinopel gemeldet: Einige Stunden nach dem Gefecht vor den Dardanellen sind am Freitag drei italienische Kriegsschiffe bei der kleinen Insel Venetiko, nahe der Südspitze von Chios, angekommen.

Laut Beschluß des Ministerrates werden die Dardanellen vorläufig nicht gesperrt. Es wird aber die Rinne für die freie Fahrt um die Hälfte enger gemacht.

Holland.

Neun chinesische Arbeiter erschossen. Wie eine amtliche Depesche aus Niederländisch-Indien berichtet, sind unter den 300 chinesischen Arbeitern, die für die staatlichen Zinngruben auf der Insel Banka angeworben waren, Unruhen ausgebrochen. Obwohl die Behörden ihr Bestes taten (?), um die Arbeiter zu beruhigen, griffen diese doch die Bureaugebäude an, töteten eine Person und ließen sich durchaus nicht durch das herbeigerufene Militär einschüchtern. Die Truppen gaben schließlich Feuer, erschossen drei Rebellen und verwundeten fünfzehn, von denen noch sechs gestorben sind. Die Ordnung ist nun wieder hergestellt. Die Unruhen waren dadurch entstanden, daß die Arbeiter verlangten, alle in derselben Grube beschäftigt zu werden — ein Wunsch, dem nicht entsprochen werden konnte.

Portugal.

Ausbruch der Konterrevolution? Der Korrespondent der Univerſo in Orenſo übermittelt ein aus Birin stammendes Telegramm, nach dem in Oporto und Lissabon die Revolution ausgebrochen sein soll. Die offiziellen Kreise sind ohne Nachricht, sie versichern vielmehr, daß alles ruhig ist.

Türkei.

Ob's wohl etwas nützen wird? Aus Anlaß des Kabinettswechsels haben eine Anzahl Offiziere Forderungen in bezug auf die Zusammensetzung des Kabinetts gestellt. Der Sultan hat nun eine Proklamation an die Armee erlassen, in der er speziell die unbotmäßigen Offiziere auffordert, sich der Politik fernzuhalten.

Norwegen.

Der Ministerpräsident auf dem Stimmenfang. In Norwegen, wo bekanntlich im Herbst die Neuwahlen zum Storting stattfinden, gehen die Wellen der Wahlbewegung jetzt schon recht hoch und alles deutet darauf hin, daß der diesmalige Wahlkampf ein ungemein scharfer wird. Das gegenwärtige Storting ist noch verjammelt und die fast täglichen Zusammenkünfte, entweder der Parteien untereinander oder mit der Regierung, zeugen von einer gewissen Nervosität, die der bevorstehende Wahltag verschuldet. Am Dienstag voriger Woche erhielt der Ministerpräsident Bratlie eine so entscheidende Niederlage, wie sie selten einem Minister in einem Parlament zuteil wurde. Bekanntlich hat das jetzige Ministerium unter Bratlie keine feste Majorität hinter sich, nachdem sich die freijünnige Partei geteilt hat, und allgemein glaubte man, das Ministerium würde unter diesen Umständen zurücktreten sein. Aber das geschah nicht, im Gegenteil trat Bratlie dem Storting immer herausfordernder gegenüber. Dreist und reaktionär sind alle seine Handlungen und nur die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen verhindert den schon längst fälligen Sturz. Natürlich möchte die jetzige Regierung auch nach den Wahlen am Ruder bleiben, und um das zu erreichen, geht sie auf den Stimmenfang. Und Stimmenfang kann man unter den norwegischen Bewohnern hauptsächlich mit einem Versprechen betreiben: mit dem des Eisenbahns. Dieses Versprechen machte am letzten Sonntag der Ministerpräsident Bratlie in einer großen Bauernversammlung. Er versprach den Leuten eine Eisenbahn durch ihren Kreis, unter der Bedingung, daß sie konservativ wählten.

Am Dienstag beschäftigte sich das Storting mit dieser Rede. Bratlie und seine Ministerkollegen bekamen Dinge zu hören, wie sie sich selten einer Regierung gesagt worden, und als er sich damit herausreden wollte, daß die von ihm den Bauern versprochene Bahn schon von dem vorherigen Ministerium projektiert

gewesen sei, da sagte Storchingspräsident K o n o w, der vor Brattlie Ministerpräsident war, daß Brattlie mit Unwahrheiten operiere. Neben diesem Vorwurf der Lüge wurde dann auch noch die Frechheit gebrandmarkt, mit der man solche Versprechungen machte. Brattlie wechselte die Farbe, wurde rot und blaß und — schweig. Nur einer seiner Ministerkollegen versuchte ihn zu verteidigen, aber er erlitt dieselbe Abfuhr.

Nun hat es aber noch eine andere Bewandnis mit den norwegischen Bahnbauten, weshalb die Storchingsmehrheit bei jedem neuen Eisenbahnvoranschlag erschreckt. Im Jahre 1908 bewilligte das Storching 60 Millionen Kronen zur Verschlebung der Eisenbahn-Neuanlagen. Jetzt erst, nachdem die 20 Millionen Kronen für die Flottenvorlage bewilligt sind, kommt die Regierung damit heraus, daß die Eisenbahnvorlage von 1908 um zirka 30 Millionen Kronen überschritten wird. Man ist natürlich nun in der Klemme, nachdem man zirka acht Millionen Kronen aus den Beständen der Staatskasse für die Flottenvorlage genommen hat. Woher nun das Geld nehmen? Pumpen oder die Bauzeit der Eisenbahnanlagen um fünf bis sechs Jahre verlängern, das sind die einzigen Möglichkeiten. Aber beide Mittel sind gleich schlecht, besonders die direkt vor den Wahlen. Und jetzt kommt auch noch der Ministerpräsident und verspricht weitere Bahnanlagen, wenn die Wähler konservativ stimmen. Und aus Demonstration gegen den Minister, um dem Volk zu zeigen, daß ministerielle Versprechungen keinen Wert haben, lehnte das Storching es ab, sich noch vor den Wahlen mit Eisenbahnanlagen zu beschäftigen.

Aber damit war das Maß des Leidens an diesem Tage für Brattlie noch nicht voll. Vor einigen Tagen übergab er bei Besetzung eines Richterpostens bei einem Militärgericht einen Anwärter, der dem Dienstalter nach an der Reihe war und früher vertretungsweise den Posten zur Zufriedenheit bekleidete. Dieser Anwärter ist der Genosse Hazeland, gegenwärtig Zivilrichter in Trondhjem. Brattlie hat den Genossen übergangen, weil er Sozialdemokrat ist, und deshalb interpellierten einige Genossen im Storching den Minister. Nach echt preußischer Manier erklärte er, daß Sozialdemokraten als Richter an ein Militärgericht nicht paßten, und somit hatte er wieder den Zorn aller Parteien, mit Ausnahme der konservativen natürlich, auf sich geladen. Sozial Gerechtigkeitssinn herrscht doch noch unter der Mehrheit des norwegischen Volkes, daß die politische Überzeugung eines Mannes ihn nicht hindern darf an der Erlangung jeder Staatsstellung. Von mehreren Seiten wurde diese Handlung als Verfassungsbruch bezeichnet. Ein Antrag, daß die Regierung die Akten in dieser Sache dem Storching vorzulegen habe, wurde eingebracht, dessen Abstimmung jedoch auf eine spätere Sitzung verschoben. Es ist jedoch kein Zweifel, daß der Antrag angenommen wird.

Die Wahlsituation wird mit jedem Tage günstiger für unsere norwegischen Genossen. Es besteht kein Zweifel, daß die jetzige Majorität im Storching, die konservativ-freisinnige, nicht mehr wiederkehren wird. Die Handlungen der Regierung und die Haltung der jetzigen Mehrheitsparteien haben in den beiden Jahren der letzten Legislaturperiode dem Volk gezeigt, was aus dem „freien“ Norwegen gemacht werden soll, nämlich ein recht- und willenloses Steuerobjekt für die herrschenden Klassen. Doch das läßt sich der Norweger auf die Länge nicht bieten.

Amerika.

Die Grenel von Fern. Der Agent der amerikanischen Regierung Stuart Fuller ist in Iquitos eingetroffen und wird sich dort in das Kautschukgebiet von Putumayo begeben. Er wird voraussichtlich keine eigene Untersuchung anstellen, da das Staatsdepartement die Tatsachen durch das englische Blaubuch für hinreichend erwiesen erachtet. Da aber Peru sich bereit erklärt hat, die Schuldigen vor Gericht zu ziehen, so soll der amerikanische Agent darauf achten, daß das Versprechen erfüllt und den bisherigen Zuständen ein Ende gemacht wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 22. Juli.

Die Gewerkschaftsvorstände, welche bisher noch keine Karten zum Gewerkschaftsfest entnommen haben, werden ersucht, die Karten baldmöglichst im Arbeitersekretariat in Empfang zu nehmen.

Eine verheerliche Ohrfeige, die aber durchaus verdient ist, versteht das Organ der Gesellschaft zur Beförderung gemeinsamer Tätigkeit, die Lübeckischen Blätter, dem allen ehrlichen Amtsblatt, indem es kurz und bündig sagt: „Das Volksfest, von dem sich auch die Gewerbe immer mehr zurückziehen, sinkt zu einem gewöhnlichen Jahrmärktchen herab, mag auch dieser oder jener Festredner mit edlem Pathos das Gegenteil behaupten. Der Augenschein lehrt's. Das ist zweifellos richtig und von uns auch schon wiederholt festgelegt worden. Aber den „Lübeckischen Anzeigen“, deren Zweck neben dem Abdruck von gegen die Sozialdemokratie gerichteten Verleumdungen in der Wieberegabe von möglichst inhaltlosen aber von „Begeisterung“ tiefenden Festreden besteht, paßt das nicht und deshalb haben sie noch in der vorigen Woche einen wutschraubenden Artikel losgelassen, in dem es hieß:

In unserer leider großer Ideale baren, dafür aber um so materialistischeren und demokratischeren wie sozialistischer Volksbeglückung sehr zuneigenden Zeit sind vaterländische und nationale Volksfeste, wie es unser Volks- und Erinnerungsfest ein in dem besten Sinne des Wortes ist, eine große Notwendigkeit. Es wird zwar von gewisser Seite gern bestritten, daß unser Volksfest wirklich ein Fest des Volkes sei, aber auch das diesjährige Fest hat wieder, so man unter dem Begriff Volk nicht nur die Arbeiter verstehen will, durch die außerordentlich große Beteiligung der gesamten Bevölkerung Lübecks und Umgegend das Gegenteil bewiesen. Natürlich ist diese alljährliche große Beteiligung von jung und alt, reich und arm, der Sozialdemokratie schon seit vielen Jahren ein überaus schmerzhafter Dorn im Auge und die Parteileitung sucht das Fest bei seiner jedesmaligen Wiederkehr zu verhöhnern und ins lächerliche zu ziehen, und vor allen Dingen die Arbeiterklasse von dem Feste fern zu halten.“

Bei verständigen Leuten wird ein derartiger Versuch, das sogenannte Volks- und Erinnerungsfest zu einem „nationalen

Volksfest im besten Sinne des Wortes“ redigieren zu wollen, nur ein mittelbeiges Lächeln hervorbringen können. Wie schmerzlich muß es aber die „nationalen“ Volksfestpatrioten berühren, wenn von ihnen nahestehenden Kreisen, die allerdings mit der Wahrheit noch nicht auf so gespanntem Fuße leben wie die „Lübeckischen Anzeigen“, das Volksfest als ein ganz gewöhnlicher Jahrmärktchen bezeichnet wird. Etwas mehr Rücksicht auf die nationale Volksfestphantasieveranlagung des Amtsblattes hätten die „Lübeckischen Blätter“ eigentlich nehmen müssen, denn woher sollen im nächsten Jahre die „Lübeckischen Anzeigen“ unter solchen Umständen Mut nehmen, von einem nationalen Volksfest im besten Sinne des Wortes zu schwindeln?!

R. Strafkammer. Sitzung am 20. Juli. Wegen Betrugs und Urkundenfälschung hatte sich der Kaufmann Sch. von hier zu verantworten. Im Jahre 1907 befand sich der Angeklagte in Geldnot. Infolgedessen verpfändete er seine Möbel nicht weniger als fünfmal. Jeder seiner Gläubiger glaubte nun, allein Anrecht auf die Möbel zu haben, und dabei besaß nur einer von ihnen einen rechtsgültigen Vertrag. Weiter soll der Angeklagte Versicherungs-policen gefälscht haben. Er war nämlich für die Versicherung „Victoria zu Berlin“ als Agent tätig. Seine Arbeit soll er sich äußerst bequem gemacht haben: er soll die Anträge ausgefüllt und selbst die Unterschriften eines beliebigen Menschen darunter gesetzt und die ersten Versicherungsbeiträge gezahlt haben. Auf diese Weise erhielt er seine Provision. Der Angeklagte gab den Betrag im ersten Falle zu und suchte die Tat damit zu entschuldigen, daß er sich in Not befunden habe. Die Fälschung der Unterschriften auf den Policen bestritt er aber ganz entschieden. Er meinte vielmehr, er sei von Schleppern getäuscht worden. Er gestand aber ein, die ersten Versicherungsbeiträge eingezahlt zu haben, um die Polize zu retten. Zur Verhandlung war u. a. ein Sachverständiger geladen, der die Unterschriften geprüft hatte. Er führte aus, daß die Unterschriften mit genau derselben Tinte geschrieben worden seien, mit der die Antragsscheine ausgestellt worden sind, und kam zu dem Schluss, daß die Möglichkeit der Fälschung vorliege. Vor allen Dingen spräche hierfür die Einformigkeit der sechs Unterschriften. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung in fünf Fällen und wegen Betrugs in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis. — Wegen Vergehens gegen die §§ 169, 271 und 73 des Str.-G.-B. hatte sich die geschiedene Frau H. von hier zu verantworten. Dieser Fall ist äußerst interessant. Die Angeklagte lebte nämlich schon im Jahre 1910 von ihrem Mann getrennt. Sie hatte ihre Liebe einem andern geschenkt, von dem sie ein Kind erhielt. Sie sagte sich nun: da das Kind nicht von dem legitimen Mann ist, gehört es auch nicht in die Familie und muß auf den Mädchennamen der Frau geschrieben werden. Das Gesetz fordert aber, daß ein solches außereheliches Kind der Frau auf den Namen deren Mannes geschrieben werden soll. Das Gericht betrachtete das Vergehen der angeklagten Frau recht milde und verurteilte sie nur zu 3 Mark Geldstrafe.

Der Briefträger. Der Alltag zerstört die Nachdenklichkeit. Wir haben uns an den Mechanismus gewöhnt, der uns nichts Neues mehr zu sagen hat, der uns gehört und den „Betrieb“ erleichtert. Müde, gelangweilt und gedankenlos sehen wir die Erscheinungen des Tages an uns vorüberziehen; wer hätte Zeit, bei den Vielen zu verweilen, die den Mechanismus des Tages bedienen! In diesen sommerlichen Tagen wendet sich unser Interesse den Männern der Straße zu, den Berufsträgern, die wandern müssen, obgleich die Ruhe in einem schattigen Zimmer der Heijagd durch die heißen Straßen vorzuziehen wäre. Am Nachmittag, wenn viele Straßen einsam und verlassen daliegen, wenn jeder nach Möglichkeit die Gluthitze flieht, sieht man eine Gestalt von Haus zu Haus gehen: den Briefträger, der sich nicht um Temperaturgrade kümmern kann, der unentwegt seine Pflicht tut.

Denn wer von uns wird trotz aller Hitze auf einen längst erwarteten Brief verzichten! Wer wird bei eifrigem Frost an den Boten denken, wo doch alle Gedanken bei dem Absender (oder der holden Absenderin!) weilen!?

Wir geben uns nicht gerne Unrecht, aber wir müssen einsehen, daß dem Briefboten gegenüber alle Rücksichten weichen, daß wir großen, wenn er außerhande ist, uns mit einer Sendung zu beglücken. Und gar wenn er uns unangenehme Botchaften überbringt! Er hat zwar gar kein Interesse daran, uns zu betrüben; aber unter Ärger sucht eine Ableitung, und so wenden wir uns, wenn auch nicht laut, gegen den Überbringer unerschütterlicher Dinge.

Er beachtet das nicht, der Briefbote. Er kommt mit der Ruhe eines Mannes, der sich seiner Sendung bewußt ist und der im übrigen nicht unterjochen kann, ob er uns genehm ist. Nur langjährige Bemühungen festigen das lose Band. Dann wird er freundlicher und zeigt dem Fräulein Räte aus der Ferne schon den Brief, den „Er“ geschrieben hat. Allmählich wird man ja ein Menschenkenner und liest dem Empfänger den Inhalt vom Gesicht.

Da gibt es Briefträger, die ganze Generationen an sich vorüberziehen sehen, die mit der Zeit die ganze Art einer Familie kennen und verstehen lernen. Natürlich greift da ein anderer Ton Platz und es kommt zu kleinen Gefälligkeiten, die ein Beamter ohne Gefahr der Dienstverletzung erweisen kann. Die Gefühle der Dankbarkeit wachsen nicht zu dicht in diesen Zeiten. Der Briefträger weiß das und nimmt es nicht übel. Wie wichtig er uns allen ist, lehrt jeder Tag, und vielleicht geht er gerade deshalb so ruhigen Schrittes.

Der diskrete Mann, der immer gern gesehene Gast, das ist uns der Briefträger. Ob er Gutes oder Schlechtes gebracht, erfährt man erst nachher, wenn er schon eine Treppe oder zwei höher gestiegen ist. Sein Kommen allein setzt uns in Erregung und wir freuen uns seiner Pünktlichkeit. Er weiß, daß wir nicht immer seiner gedenken, daß wenige daran denken, wie er durch die Gluthitze der Straße schreitet. Aber er fühlt beim Kommen, was er uns bedeutet, er, der ein Bote von Glück, von Freude und Leid ist, die so regelmäßig wiederkehren wie der Briefträger selbst.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 20. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 22, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 22½, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 22½, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 22 Grad Celsius.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 21. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 21½, Luft 18; morgens 10 Uhr: Wasser 22½, Luft 23; mittags 12 Uhr: Wasser 23, Luft 25 Grad Celsius.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats Juni 1912. Die Zahl der Geburten betrug 44 (1911: 58), die der Lebendgeburten 220 (233) und die der Sterbefälle 153 (118). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 67 (115). Uneheliche Geburten kamen 27 (25) mal vor. Totgeburten wurden 5 (9) mal registriert.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 19. d. Mts., gegen 6 Uhr nachmittags, ist vor einem Hause der Großen Allee ein Fahrrad Marke „Drennabor“ mit schwarzem Gestell eben-

solchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, gerader Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 10984 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Am 21. d. M., nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, ist in Krampelsdorf ein Fahrrad gestohlen worden. Das Rad trägt die Marke „Hansa“ und die Polizeinummer 15914; es hat schwarzes Gestell, dito Felgen mit rot und gelben Streifen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse.

pb. Fortgeschwommene Felle. Am 18. d. d. M. wurden an der Nordwestecke der Teerhofsinsel, in der Trave treibend, 3 rotbraune Kalbfelle, 4 rot- und weißgefleckte Kalbfelle, 1 dunkelbraunes Kalbfell, 1 schwarzes Hundfell, 1 schwarzes Ziegenfell und 1 weißes Ziegenfell gefunden. Sämtliche Felle sind frisch gefallen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Felle aus einem Diebstahl herrühren.

pb. Gestohlenes Pferd. Von der Weide eines Puffers in Thürk ist in verflorener Nacht eine schwarze, gut genährte, etwa 14 bis 15 Jahre alte Stute gestohlen worden. Das Tier ist 1,55 Meter groß, einfarbig, hat kurze struppige Mähne und mittellangen Schwanz. Die Mähne am Hals ist etwas abgeseuert infolge Tragens eines Holzflohes.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 17. bis 19. ds. Mts. ist ein Kaufmann in der Friedrich-Wilhelm-Strasse ein silberner Auenteller abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Boden des Tellers befinden sich zwei Figuren (1 Knabe und 1 Mädchen). Der Rand des Tellers ist massenförmig.

Dampfer. Feuer an Bord eines Hamburger Dampfers. Das Reuterische Bureau meldet aus Rancar: Sonnabend vormittag brach auf dem Deck des vor dem Hafen verankerten Dampfers „Baros“ der Deutschen Levante-Linie ein heftiges Feuer aus, das durch die Explosion von Benzinflaschen weiter verstärkt wurde. Der Zustand des Dampfers ist hoffnungslos, das eine Kesselexplosion befürchtet wird. Menschenleben sind wahrscheinlich nicht zu beklagen. Eine spätere Meldung besagt: Um 3 Uhr nachmittags brannte der Dampfer „Baros“ noch. Der Kapitän und die Mannschaften kämpften mit großer Kaltblütigkeit gegen das Feuer. Sie versuchten es durch Pumpen auf das Hinterschiff zu beschränken. Die in der Suda-Bai liegenden Stationschiffe boten ihre Hilfe an. Der Kapitän hofft, das Feuer von den Kesseln fernzuhalten. Nachmittags um 4 Uhr kam ein Detachement russischer Matrosen an Bord des Dampfers „Baros“ mit einer Feuerspritze, später englische und französische Matrosen. Dank dieser Hilfe scheint das Feuer auf dem hinter dem Maschinenraum liegenden Teil auf seinen Raum des Hinterschiffes fort. Es brennt jedoch im Stapelraum weiter auszudehnen.

Kiel. Das schwere Torpedobootsungsstück, über welches wir am Sonnabend berichteten, ereignete sich in der westlichen Ostsee während eines Angriffs der Torpedoboots auf die Linienschiffe. Die Torpedoboots fuhren mit abgeblendeten Lichtern, und „S 110“, einem abgeschossenen Torpedo folgend, kam hierbei vor den Bug des Linienschiffes „Hessen“. Das Fahrzeug, gleich hinter dem achterlichen Turm von Steven des Linienschiffes getroffen, wurde so schwer beschädigt, daß das Hinterschiff fast durchschnitten wurde und die zertrümmerten Teile nur durch die Ketten der Steuerung gehalten wurden. Gleich nach der Kollision wurden auf „Hessen“ und den in der Nähe weilenden Torpedoboots alle Hilfsmittel klargemacht. Es glückte auch, das sinkende Boot aufzufangen und nach Kiel zu schaffen. Die drei Opfer waren im Hinterschiff und haben dort sofort ihren Tod gefunden. Die Einoberfläche konnte Sonnabend abend nicht ganz durchgeführt werden. Das hängende Hinterschiff war außerhalb des Dockes geblieben und wurde vormittags durch den großen 150-Tonnen-Schwimmkran ins Dock gehoben. — Soweit bisher bekannt geworden ist, hat sich der Zusammenstoß des Torpedobootes „S 110“ mit dem Linienschiff „Hessen“ östlich von Rügen, etwa auf der Höhe von Swinemünde, ereignet, und zwar auf dem Wege nach Memel. „Hessen“ machte sofort nach der Kollision alle Boote klar und es gelang auch, die gefährdete Besatzung des Torpedobootes aufzunehmen. Von den drei Opfern befand sich Maschinist Schattschneider in seiner Kabine. Er und der Heizer Richard Pfeiffer, der in den Räumen der Messe war, wurden durch den Zusammenstoß von den Wänden und Winkeln des zusammengestürzten Bootes eingeklemmt, während die Leiche des Matrosen Boesch, der sich vor der Kollisionsstelle befunden hatte, gleich geborgen werden konnte. Die Bergung der zuerst genannten Leichen ist erst in den heutigen Nachmittagsstunden geclückt. Die Leiche von Schattschneider konnte erst nach 6 Uhr freigelegt werden.

Tondern. Gewitterschaden. In Durrall bei Tondern wurde infolge von Blitzschlag das dortige Rentengut von Petersen eingäschert. Auf dem Nachbarhofe wurden 2 Ochsen und 1 Fohlen vom Blitz erschlagen. In Rosbüll schlug der Blitz in das Gewese der Witwe Jngwersen und zündete. Das Feuer konnte noch von der Feuerwehr gelöscht werden, jedoch ist der Wasserschaden ein bedeutender. — Vom Blitzschaden getroffen wurde Donnerstag nachmittags der Hof „Dorathoenhof“ bei Braagaard; er brannte total nieder. Ebenfalls wurden zwei Kühe des Amtsvorstehers Lorenzen in Braagaard auf dem Felde vom Blitz erschlagen.

Aprenade. Opfer der Arbeit. Der Eisenbahnschaffner Mong aus Flensburg wurde Freitag abend bei Oberjersdal vom Zuge überfahren und getötet. Dem Verunglückten wurden beide Beine abgefahren.

Wismar. In den Autofabriken drohten Differenzen auszubrechen, weil die Unternehmer keinen Arbeiter aus einem anderen Betriebe am Orte einstellten, gleichgültig, ob sie entlassen wurden oder freiwillig gingen. Die Arbeiter faßten als Gegenmaßnahme den Beschluß, jede Überstunde zu verweigern. Gleichzeitig forderten sie höhere Zuschläge für Überstunden. Durch Verhandlungen wurde der Unternehmerbeschluß aufgehoben. Für Überstunden bis 8 Uhr abends werden jetzt 10 Pfg., nach 8 Uhr 15 Pfg. Zuschlag gezahlt. Außerdem wird ein von der Arbeiterschaft gewählter Arbeiterausschuß eingeführt.

Grevesmühlen. Wenn der Herr verreist ist. Aus dem letzten Reichstagswahlkampf in Gagenow-Grevesmühlen erzählt die liberale Presse einige hübsche Anekdoten, darunter auch die folgende:

In einem kleinen Wahlbezirk im Klüger Winkel wurden bei der Hauptwahl abgegeben 11 Stimmen für den Konservativen Baul, 1 für den Volksparteier Sivokow und 2 für den Sozialdemokraten Kober. Bei der Stichwahl erhielt Baul 1 Stimme und Sivokow 10. Abends bei der Verkündung dieses Resultats bemerkte ein Räthner nach dem Tische des Wahlvorstandes hin: „Ja, das macht, weil der Herr verreist ist.“

Ja, ja: des Herrn Auge macht — die Pferde fett!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonnabend vormitt. entschließ
sanft nach langem in Geduld
getragenen Leiden, in ihrem
74. Lebensjahre, unsere liebe
Mutter, Schwieger- und Groß-
mutter, Frau
Marie Dechau, geb. Möhlenfeld.
Tief betrauert von den Hinter-
bliebenen.
3. U.: **Wih. Zachau u. Frau,**
2140) geb. Dechau.
Lübeck, Krempeldorfer Allee 27.
Beerdigung Dienstag, Beginn
der Trauerfeier 5 1/4 Uhr in der
Kapelle des Dorwerfer Friedhofes.

Am Sonntag morgen entschließ
sanft nach schwerer Krankheit unsere
liebe Tochter, Schwester und
Schwägerin
Erna
im 17. Lebensjahr. Auf tiefste Be-
trauert von den Ihrigen.
Heinr. Oldenburg u. Frau,
2152) geb. Bremer.
Lübeck, den 22. Juli 1912,
Arminstraße 34.
Die Trauerfeier findet am Mitt-
woch, dem 24. Juli, nachmittags
4 1/4 Uhr, in der Kapelle Dorwerf
statt.

Für bewiesene Teilnahme und
Kranzspenden, sowie für die tröst-
lichen Worte des Herrn Hauptpastors
Haensel bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes sagen wir herzlichen
Dank. (2147)

Fr. Stormer und Frau.
Für die mir zuteil gewordene
Unterstützung sage ich den Kollegen
vom Dampfer „Scotsborg“ meinen
herzlichsten Dank. 2148

E. Wicke, Steinrader
Weg 26c.
2 neue Fahrräder
billig zu verkaufen.
1 Jahr Garantie. Preis pro Stück
2126) 75 Mark.

H. Krone, Schwartau
Butiner Straße.

Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.45 Mk. (2150)

Emilie Boy,
Königsstr. 61.
Jeden Dienstag und Donner-
stag bis 10 Uhr in Schwartau auf dem
Marktplatz mit Seefischen und
Goldbutt, auch Kirichen, Erd-
beeren, Wildbeeren, Blumenkohl,
Rhabarber, Kohl, Wurzeln, Kar-
toffeln billigst. 2144

Johs. Freyholz
Nurste Geschenke
für alle Feste,
Geburtstage, Verlobung,
Hochzeiten, Jubiläen etc.
Regel- u. Schießpreise,
Sportprämien,
Vereinsgewinne,
Reise-Erinnerungen.
Sichere Marken für
Lumpen und Gebrauch.
Breitestr. 53 2144

Roggenstroh
Zentral-**Fourage-Magazin**
2141) **M. Uatermann**
Arndtsdorfer Allee 26.

Junger Laubbuche
2151) für sofort gesucht.
Johannes Holst, Kohlmarkt 6.

Ein Satz Bertel
zu verkaufen. (2142)
H. Froh, Badslänge.

Visitkarten
— H. Ebenbänkerton —
100 Stück von Mk. 1.— an
belegt
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

Saison-Ausverkauf

von Dienstag, den 23. Juli an.

Enorme Preisherabsetzungen! Lubeca-Marken oder 4 Prozent außerdem.

Nachstehend hebe ich einige der ausgelegten Artikel hervor:
Diverse Restposten **baumwollene Musseline**, per Meter **20, 25 u. 28 Pfg.**, Wert bis 65 Pfg.
Feiner **Kleider-Zephir**, waschecht, jetzt Meter **38 Pfg.**
Große Posten **Hemdentuche**, unter Preis, zur billigsten Zeit eingekauft

mittelfädig feinfädig grobfädig weiches Gewebe
Meter **30 u. 33 Pfg.** Meter **38 Pfg.** Meter **45 Pfg.** Meter **50 Pfg.**
Kinder-Schürzen, etwas angestäubt, besserer Artikel, Größe 45 bis 90 cm, jetzt **60 Pfg.** bis **1.35 Mk.**
Damen-Schürzen, Blusenfassung, prima Stoffe, Stück **95 Pfg.**
Damen-Schürzen, Mieder-, Kleider-, Prinzessin- u. a. m., **1.80 bis 2.00 Mk.**

Extra breite **Hausstandsschürzen** aus Wienerleinen und Druckstoffen, sonst bis **1.65 Mk.**, jetzt Stück **98 Pfg.**
Russenkittel, niedliche Muster, durcheinander Stück **70 Pfg.**
Damen-Wasch-Unterröcke mit breitem Volant, Stück **88 Pfg.**
Ein Posten besserer **Sommer-Unterröcke**, durcheinander **2.00 Mk.**, Wert **3.50 bis 6.50 Mk.**
Helle Fancy-Anstands-Röcke, gebogt, Stück **95 Pfg.**
3 Serien weiße **Stickerrei-Röcke**, sehr vorteilhaft, **1.80, 2.20, 2.50 Mk.**
Ausrangierte **Damenblusen**, dunkel und hell, Stück **1.00 bis 3.50 Mk.**
Damen-Hemden mit gestickter und glatter Passe, Serie I Serie II Serie III
95 Pfg. 1.00 Mk. 1.10 Mk.

Damen-Hosen 95 Pfg., Kniefassung **1.10 Mk.**
Ein Posten **Woll-Plaidtücher 1.50, 1.85, 2.00 Mk.**
Seidene Echarpes, etwas verstäubt, **95 Pfg.**
Ein Posten schwarze baumwollene **Damen-Strümpfe**, ohne Naht, Paar **30 Pfg.**
Ein Posten **Schweißsocken**, ohne Naht, Paar **25 Pfg.**
Sämtliche **Sommer-Handschuhe 15 Prozent ermäßigt.**
Sämtliche **Steppdecken und Verandendecken** jetzt fabelhaft billig.

Mädchen-Sommer-Jacketts, jetzt, ohne Rücksicht auf den früheren Preis, **1.50, 2.50, 3.50 und 4.50 Mk.**
Augendrell-Handtücher, gesäumt und mit Band, 6 Stück **1.75 Mk.**

Reste aus allen Abteilungen des Lagers liegen extra billig aus.
Ein Posten **Knaben-Strohhüte**, durcheinander Stück **25 Pfg.**

Günstige Gelegenheit!!!
1000 Paar **Plüsch- und Filzpantoffel**, mit echter Ledersohle
für Damen Paar **73 Pfg.**
für Mädchen Paar **63 Pfg.**
Mit genähter Linoleumsohle:
für Damen Paar **48 Pfg.**
für Mädchen Paar **33 Pfg.**

Wegen Aufgabe des Artikels:
Eiserne Bettstellen, Stück **3.00 Mk.**, mit Spiralfedern **4.90 Mk.**
In der Abteilung für Herren-Garderoben sind die Preise besonders herabgesetzt.
Es liegen diverse angestäubte und verblichene Artikel aus.

Reste aus allen Abteilungen des Lagers liegen extra billig aus.
Ein Posten **Knaben-Strohhüte**, durcheinander Stück **25 Pfg.**

Günstige Gelegenheit!!!
1000 Paar **Plüsch- und Filzpantoffel**, mit echter Ledersohle
für Damen Paar **73 Pfg.**
für Mädchen Paar **63 Pfg.**
Mit genähter Linoleumsohle:
für Damen Paar **48 Pfg.**
für Mädchen Paar **33 Pfg.**

Wegen Aufgabe des Artikels:
Eiserne Bettstellen, Stück **3.00 Mk.**, mit Spiralfedern **4.90 Mk.**
In der Abteilung für Herren-Garderoben sind die Preise besonders herabgesetzt.
Es liegen diverse angestäubte und verblichene Artikel aus.

Reste aus allen Abteilungen des Lagers liegen extra billig aus.
Ein Posten **Knaben-Strohhüte**, durcheinander Stück **25 Pfg.**

Otto Albers

Markt 4. (2139) Kohlmarkt 10.

Wegen Umzug billig zu verkaufen:
Bettstellen, Kommoden, Waschtische, große und kleine Tische, Stühle, Küchenstuhl.
Johannisstr. 9, III. L. 2137)

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken
empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen
Im Busch. **Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunststreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.**
Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur **Mk. 1.30 pro Band** durch unsere Buchhandlung zu beziehen.
Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Ungeziefer jeder Art vertilgt unter Garantie
F. Kröger, konfekt. und geprüfter Kammerjäger,
Kupfer-Schmiedestr. 12, II 2148

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
heute Montag, dem 22. Juli 1912,
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1) Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Erhebung eines Lokalbeitrages.
3) Unser Sommerfest.
4) Kartei-Bericht.
5) Bericht vom Gewerkschaftshaus.
6) Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand. 2145

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.
Die für Dienstag, den 28. Juli, fällige Versammlung findet nicht statt.
2146) Die Ortsverwaltung.

Konsumverein

für Stockelsdorf und Umgeg.
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
am Montag, 29. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau
in Jadenburg.
2149) Der Vorstand.

Gesangverein Harmonie

Eutin.
General-Versammlung
am Dienstag, 23. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof zum deutschen Hause.
Hierzu ladet freundlichst ein
2138) Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Dir. R. Gollbach. Tel. 610.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Nummer 69
„Cousin Pampulette“
Wo ist die Hose?
Fräulein Tantalus.
—
Sente, den 22. Juli:
Volkstümliche Vorstellung.
Auf allen Plätzen 30 Pfg.,
50 Pfg., 1 Mk. (2153)
Vorverkauf bei Sager.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
heute Montag, dem 22. Juli 1912,
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1) Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Erhebung eines Lokalbeitrages.
3) Unser Sommerfest.
4) Kartei-Bericht.
5) Bericht vom Gewerkschaftshaus.
6) Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand. 2145

Zu haben
in Apotheken und
Drogerien.
(322)

Poehls
Kinder- und Krankenmehl
Aerztlich empfohlene
Nahrung für
gesunde & magen-
und darmkranke
Säuglinge,
ältere Kinder
und Erwachsene

Schillers und Heines
ausgewählten Werken
sind noch einige Exemplare à Mk. 4 in Bänden vorrätig.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
und deren Kolporteurs.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

Auf Grund der Voranschläge für das Jahr 1911 und der Rechnungen für das Jahr 1909 veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt in den „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches“ (21. Jahrgang 1912, zweites Heft, Verlag von Puttkamer und Mühlbrecht, Berlin) als Fortsetzung früherer Arbeiten eine Darstellung über die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten. Sie behandelt an der Hand der neuesten Etats und Rechnungsergebnisse die Ausgaben, die Einnahmen, wichtigere Bestandteile des Vermögens sowie die Schulden. Die Vielgestaltigkeit, die die einschlägigen Verhältnisse der Bundesstaaten aufweisen, spiegelt sich wieder in der äußeren Anlage der Finanzsysteme. Eine besondere Stellung nimmt das Finanzwesen bei den Hansestaaten ein.

Wir geben aus dem ersten Artikel, den hierüber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Freitag abend bringt, nachstehende Stellen wieder:

Ein Gesamtüberblick über die Einnahmen, Ausgaben und Schulden des Reiches und der Bundesstaaten ergibt folgendes: Nach den Voranschlägen des Jahres 1911 ergibt sich in Reich und Bundesstaaten ein Betrag von 9,2 Milliarden Staats-einnahmen und -ausgaben, gegen das Vorjahr mehr: 0,3 Milliarden Mark (das Reich + 0,1, die Bundesstaaten + 0,2) und ein Schuldenbetrag von 20,4 Milliarden (gegen das Vorjahr eine Zunahme von 0,1 Milliarden). Seit 1902 sind die Schulden im Reich um 2,0, in den Bundesstaaten um rund 4,3, zusammen um 6,3 Milliarden Mark gestiegen. Im Reich sind für 1911 Ausgaben und Einnahmen um 0,7 Milliarden gegen den Ertrag von 1902 höher geschätzt, in den Bundesstaaten die Einnahmen um 1,1, die Ausgaben aber um 1,4 Milliarden Mark.

Den Hauptanteil an dem gesamten Staatsbedarf für 1911 haben Preußen und die Reichsverwaltung mit 3,5 und 3,2 Milliarden; der preußische Etat für 1911 ist also erheblich höher als der des Reiches. Mit etwa einem Fünftel des preussischen Bedarfs folgt Bayern. Der sächsische Staat bedarf über 0,4 Milliarden. Mehr als 200 Millionen beanspruchen außerdem noch Württemberg, Baden und Hamburg; Hessen über 100 Millionen Mark. Die kleinsten Etats mit weniger als je 2 Millionen Mark Ausgaben haben Waldeck, Reuß ä. L. und Schaumburg-Lippe.

Innerhalb der einzelnen Bundesstaaten haben nach den Voranschlägen im ordentlichen Etat ein Defizit: Preußen von 155,9, Bayern von 2,3 und Baden von 9,3 Millionen Mark; einen Überschuss dagegen: Hessen 5,3, Oldenburg 2,4 und Bremen 3,2 Millionen Mark. Nach den Rechnungsergebnissen des Jahres 1909 aber ist ein erhebliches Defizit nur bei Preußen, 5,6, Bayern 21,7 und bei Baden 2,7 vorhanden, während Überschüsse aufweisen: Das Reich 8,4, Sachsen 19,4, Württemberg 2,6, Hessen 8,1, Oldenburg 3,9, Braunschweig 1,1, Sachsen-Koburg-Gotha 2,8, Reuß j. L. 1,8, Lippe 1,1, Bremen 6,1 und Elsaß-Lothringen 1,9 Millionen Mark.

Die Ausgaben, die Reich und Bundesstaaten zu machen haben, lassen sich nach ihrer Bestimmung gliedern in Ausgaben auf die Erlangung von Erwerbseinkünften, Ausgaben für die Staatsschuld, ferner — in den Bundes-

staaten — in Ausgaben für Reichszwecke sowie — im Reich — in Überweisungen an die Bundesstaaten, endlich in Ausgaben für die sonstige Staatsverwaltung.

Die Ausgaben auf die Erwerbseinkünfte im Reich und Bundesstaaten erhöhten sich in den Jahren 1904 bis 1911 von 2,5 auf 3,7 Milliarden Mark (in den Bundesstaaten von 2,0 auf 3,0 Milliarden), das ist um 48,0 bzw. 50,0 Proz. An dieser Zunahme ist Preußen mit mehr als der Hälfte beteiligt. Was speziell die Eisenbahnausgaben anlangt, so stiegen sie von 1,5 auf 2,3 Milliarden Mark (in den Bundesstaaten von 1,4 auf 2,2 Milliarden), das ist um 53,3 bzw. 57,1 Proz., doch stellen sich auch die bezüglichen Einnahmen entsprechend höher.

Unter den „Leistungen an das Reich“ bilden den Hauptanteil die Matrikularbeiträge; außerdem sind darin einbegriffen die Zoll- und Steuerabfindungsbeträge für Zollauschlussgebiete, die Preußen mit 47 900 Mk. und Baden mit 54 696 Mk. an das Reich entrichteten, sowie die Ausgleichsbeträge für Reservatrechte, von denen Bayern 22,3, Württemberg 9,2, Baden 4,7, Elsaß-Lothringen 4,7 Millionen Mark zahlt.

Die Matrikularbeiträge sind im Reichshaushalte für 1911 auf 212,0 Millionen Mark veranschlagt. Doch stellen diese Beiträge zum weitaus größten Teil nur eine rechnungsmäßige Belastung der einzelstaatlichen Finanzwirtschaft dar, während die wirklichen Ausgaben durch den Unterschied zwischen den Matrikularbeiträgen und den Überweisungen aus der Reichskasse (Reinertrag der Brantweinsteuer 1911: 163,5 Millionen Mark) gebildet werden. — Bis 1898 waren die Überweisungen meist höher als die Matrikularbeiträge, seit 1899 hat sich jedoch dieses Verhältnis umgekehrt, es tritt jetzt alljährlich eine Differenz zu Lasten der Bundesstaaten auf.

Während das Reich in seinen Einnahmen vorwiegend auf Zöllen und Steuern, auf Matrikularbeiträgen basiert ist, bilden in der überwiegenden Mehrzahl der Bundesstaaten die Erwerbseinkünfte die Haupteinnahmequelle. — Eine Ausnahme hiervon machen die drei Hansestädte und Elsaß-Lothringen, welche eine stark steuerwirtschaftliche Finanzwesen aufweisen, ferner einige der kleinsten Staaten (Sachsen-Altenburg, Waldeck, beide Reuß, Schaumburg-Lippe und Lippe).

Der Reinertrag der Erwerbseinkünfte in den Bundesstaaten beträgt 970,6 Millionen Mark, woran die Eisenbahnen mit fast dreiviertel (710,4) beteiligt sind. Die Forsten bringen mehr als 145, die Domänen nur etwa 32 Millionen, die Bergwerke 18,1, Post und Telegraph 19,8, und die sonstigen Betriebe 44,9 Millionen Mark. An dem Gesamtertrag ist Preußen mit fast $\frac{2}{3}$ (644,8) beteiligt, Bayern mit über $\frac{1}{3}$ (131,6 Millionen Mark). Mehr als 10 Millionen Mark ziehen daraus: Sachsen (54,6), Württemberg (40,9), Baden (25,5) und Hessen (18,1). Das Reich erzielt einen Reinertrag von 121,4 Millionen Mark, von dem über $\frac{2}{3}$ (83,8) auf Post und Telegraph entfällt; die Reichseisenbahnen bringen 18,8, die sonstigen Betriebe 18,9 Millionen Mark. In Reich und Bundesstaaten bleibt kaum $\frac{1}{4}$ der Erwerbseinkünfte als Reineinnahme übrig, im Reich allein werden sogar 86,6 Prozent jener Einkünfte von den Ausgaben verschlungen. Zwar bringen die Verkehrsanstalten die höchsten Reineinnahmen, aber sie arbeiten auch mit bedeutend höheren Unkosten als z. B. Domänen und Forsten. Am höchsten mit Ausgaben sind belastet die Staatsdampfschiffahrt (95,7), der Bergwerksbetrieb (94,8) und Post und

Telegraph (87,8); letztere erfordern an Ausgaben in Bayern 81,9 v. H. der Roheinnahmen, im Reich sogar 88,8, dagegen nur 75,7 v. H. in Württemberg. Im Verhältnis zu den anderen Erwerbseinkünften werfen die Domänen und Forsten hohe Reinerträge ab, erstere 48,0 v. H., letztere 52,6 v. H. des Rohertrages. Daß die Reineinnahme des Reiches aus „Sonstigen Betrieben“ gegenüber denen der Einzelstaaten wesentlich höher sind (64,3%), hat seinen Grund in der Leistung des Reiches am Reingewinn der Reichsbank (15,1) und der Reichsdruckerei (8,8).

zieht man zum Vergleiche die Ertragnisse der Vorjahre heran, so ergibt sich für die Roheinnahmen aus den Erwerbseinkünften im Reich und Bundesstaaten innerhalb der Jahre 1904–1911 eine Steigerung von 1430,2 Millionen Mark, oder 41,9 Proz. (in den Bundesstaaten um 1130,3 Millionen Mark oder 40,3 Proz.). Preußen ist daran mit fast drei Viertel beteiligt.

Die Staatseisenbahnen haben im gleichen Zeitraum im Reich und Bundesstaaten einen Mehrertrag von 868,3 Millionen Mark oder 40,8 Proz. (in den Bundesstaaten von 835,7 Millionen Mark oder 41,2 Proz.) gebracht. Daran ist Preußen mit drei Viertel beteiligt.

Der Lehrer als Knecht des Pfarrers.

„Die Lehrerschaft ist unglaublich feige“, schrieb der „Köln“ und er muß es doch wissen, denn Lehrer geben ihn heraus, redigieren ihn und versehen ihn mit den nötigen Beiträgen. Es handelt sich um ein ehrliches und wohlgemeintes Horneswort, das zu mißbrauchen und so fern liegt, wie alles Gäßliche. Man lese aber das folgende und beantworte dann die Frage, ob solch ein Horneswort nicht gerade bei den Lehrern am Platze war.

Das Ministerium im Herzogtum Altenburg hat eine Verordnung erlassen, die eine Dienstanweisung für die Volksschullehrer enthält. Durch diese Verordnung werden die Lehrern einfach zu Handlangern der Pfarrer degradiert. Dieser Dienstvorschrift entnehmen wir folgende Bestimmungen:

Wenn mit dem Schulumt ein Kirchendienst verbunden ist, so liegt die Beaufsichtigung des Kirchendienstes in erster Linie dem Ortspfarrer ob, welcher auch da, wo er nicht zugleich Ortschulsinspektor ist, in bezug auf den Kirchendienst für den Lehrer verbindliche und — vorbehaltlich des Bescheiderechts — unbedingt zu befolgende Anordnungen treffen kann.

Der Lehrer ist verpflichtet, sich zur Besprechung besonderer Angelegenheiten seines kirchlichen Dienstes auf Wunsch des Pfarrers in dessen Wohnung einzufinden.

Bei dem öffentlichen Gottesdienste, sowie bei anderen kirchlichen Amtsvorfällen soll der Lehrer nie anders als in schwarzer Kleidung bzw. im dunkeln Überrock erscheinen.

Während des Gottesdienstes darf der Lehrer sich nicht aus der Kirche entfernen; er hat über die dort versammelte Schulfugend die Aufsicht zu führen und ist für ihr der Heiligkeit des Ortes entsprechendes Verhalten verantwortlich.

Der Lehrer hat das Ansprechen oder Anreden der Lieder zu besorgen oder, namentlich außerhalb des Chores, unter seiner Aufsicht und Verantwortung durch zuverlässige Personen oder ältere Schulkinder besorgen zu lassen.

Der Lehrer hat als Organist den Gesang der Gemeinde oder des Chores in einfacher, würdiger Weise mit der Orgel zu unterstützen. Der Lehrer hat die Aufsicht über das Orgelwerk und dessen Verschluß. Ohne seine Erlaubnis darf kein Unbefugter auf der Orgel spielen. Will der Lehrer die Orgel anderen zur Übung im Orgelspiel überlassen oder

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Da ist nicht viel zu erzählen. Er war ein Trinker und Verschwendler, das sagt alles.“ Josephus sprach im Flüster-ton, da er die Schande der Familie nicht vor seinen Kollegen erörtern wollte.

„Wofürstest du freundschaftlichen Verkehr mit ihm?“

„Was du dir denkst. Ich hielt in jenen Tagen etwas auf meinen guten Namen und vermied deshalb jeden verdächtigen Umgang. Ich besuchte die Abendstunde und ging Sonntags in die Kirche. Das hörte aber selbstverständlich mit dem Verlust der Banknoten auf, da der Ruf eines Mannes, der unter dem Verdacht des Diebstahls von vierzehntausend Pfund steht, für alle Zeiten vernichtet ist und er niemals hoffen kann, seinen ehrlichen Namen zurückzuhalten. Ich hielt es daher für angezeigt, mich von allem zurückzuziehen, die Schule und die Kirche nicht ausgenommen.“

„Da hast du sehr unklug gehandelt, Josephus; du hättest den Fall bis zu Ende durchkämpfen und auftreten sollten, als ob gar nichts vorgefallen sei. Doch sage mir: War Bob Coppin an jenem Tage bei dir? Erinnerst du dich?“

„Ob ich mich erinnere? Jede Stunde jenes Tages steht vor meiner Seele, als ob es erst gestern gewesen wäre. Ja, er war bei mir und besuchte mich eine halbe Stunde vor dem Verschwinden der Noten. Er lud mich zu einem Tanzvergnügen am Abend ein, wobei es flott hergehen sollte, ich aber schlug es ihm ab. Am Abend sah ich ihn wieder und erzählte ihm mein Unglück, entsetzte bei ihm aber nur die ausgelassenste Heiterkeit. Es schien grausam, aber je mehr ich litt, desto lauter lachte er.“

„Hast du Bob nie wieder gesehen?“

„Nein, er ging zur See, kehrte heim und segelte wiederum fort, aber wie es sich fügte, hab ich ihn nie wieder-gesehen. Seit seiner letzten Reise sind zwanzig Jahre vergangen, in denen man weder von ihm noch von seinem Schiffe etwas gehört hat. Er muß also schon lange tot sein. Aber was geht uns Bob an? Ich fürchte, daß wir Regier haben werden, wenn wir uns noch länger unterhalten.“

„Harry entfernte sich, aber nur, um in die Räume des Hauptbuchhalters zu gehen und diesen um eine persönliche Unterredung zu bitten. Als Antwort forderte ihn der Ge-

waltige auf, sein Anliegen durch Vermittelung eines Assistenten vorzutragen. Harry erwiderte, daß er eine ebenso wichtige wie dringliche Mitteilung zu machen habe, die er keinem anderen als dem Chef anvertrauen könne, und daß er in dem Vorzimmer warten wolle, bis es diesem beliebt würde, ihm Gehör zu schenken. Erst nach dieser Botschaft erhielt er Zutritt in das Privatzimmer des großen Mannes.“

„Ihr Verlangen nach dieser Unterredung setzt mich in Erstaunen“, redete ihn der Hauptbuchhalter an. „Ich wußte nicht, daß Sie mir eine Mitteilung so wichtigen Inhalts zu machen haben, daß Sie sie nicht durch meine Angestellten hätten zu meiner Kenntnis bringen können. Und nun zur Sache, junger Mann, meine Zeit ist kostbar.“

„Ich möchte Sie nur um die Erlaubnis bitten, in dem Kontoristenzimmer eine kleine Untersuchung vorzunehmen.“

„Was bezwecken Sie mit dieser Untersuchung?“

„Harry reichte ihm die Abschrift des Briefes und erklärte, wie er ihn gefunden habe.“

„Aber ich verstehe nicht, was mir diese Worte sagen sollen.“

„Es steht kein Datum auf dem Brief“, sprach Harry, „aber der Inhalt bezieht sich zweifellos auf meinen Vetter Josephus.“

„Das will ich zugeben. Josephus ist kein alltäglicher Name.“

„Sie kennen meines Veters Darstellung über den Verlust der Noten?“

„Selbstverständlich. Er behauptet, daß die Noten während seiner Abwesenheit aus dem Zimmer gestohlen wurden.“

„Ja. Nun — Harry füllte die leergelassenen Stellen in dem Briefe aus. Bitte, lesen Sie das.“

„Großer Himmel!“

„Mein Vetter sagte mir auch noch, daß Bob Coppin ihn eine halbe Stunde vor dem Verschwinden der Noten besuchte und daß er am Abend, als er von Josephus Mißgeschick hörte, ausgelassen lachte, wie wenn er das ganze für einen guten Witz gehalten habe.“

„Aufs Wort“, bemerkte der Gewaltige, „Ihre Auffassung hat etwas für sich.“

„Wir können es ja sofort feststellen“, entgegnete Harry, „aber es wäre mir erwünscht, wenn Sie dabei zugegen sein wollten.“

„Dann lassen Sie uns sofort gehen. Und — sagen Sie mir doch, sind Sie nicht der junge Mann, den uns Fräulein Messinger empfohlen hat?“

„Allerdings, doch habe ich nicht die Ehre, Fräulein Messinger persönlich zu kennen.“

Der Hauptbuchhalter lachte. Ein Tischler kommt kaum in die Verlegenheit, sich der Bekanntschaft einer Dame der Gesellschaft zu rühmen, und dieser junge Arbeiter war wirklich förmlich mit seiner naiven Unverfrorenheit.

„Sie nahmen vier von jenen kalten Brauereiarbeitern mit, denen das Aufladen der Bierfässer obliegt. Der Geldschrank war einer der größten seiner Art, maß drei Fuß sechs Zoll und stand auf einer massiven hölzernen, nach vorne offenen Unterlage, gleich neben Josephus Sitz. Der Zwischenraum zwischen Wand und Schrank betrug kaum einen Fuß.“

„Ich muß Sie bitten, sich einen anderen Platz zu suchen“, sprach der Hauptbuchhalter zu Josephus, „wir wollen den Schrank abrücken.“

Josephus erhob sich und es gelang den Männern, unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft, das Ungetüm etwa einen Fuß von seinem bisherigen Platz wegzurücken.

„Wollen Sie nicht selbst einmal nachsehen“, bat Harry. „Sollte dort etwas liegen, so möchte ich, daß Sie es finden, da Sie ja doch die ganze Geschichte kennen.“

Der Angeredete beugte sich über den Schrank und blickte nach hinten. Ein jeder wußte jetzt, daß etwas vorgeing, und obwohl die jungen Kontoristen fortzuführen, ihre Federn in die Tinte zu tauchen und jenen Fleiß zu entwickeln, der sich immer in Gegenwart eines Vorgesetzten einzustellen pflegt, so schweiften ihre Blicke doch verstohlen nach Josephus hinüber.

„Da liegt ein Bündel Papiere“, sprach er. „Danke Ihnen.“ Harry hatte es aufgenommen und ihm überreicht.

Der einzige unter den Anwesenden, der sich auch nicht im mindesten um die Vorgänge kümmerte, war Josephus.

Der Hauptbuchhalter nahm die Papiere entgegen, die nicht zusammengebunden, sondern einfach zusammengewirrt und fingerdick mit Staub bedeckt waren. Er entrollte sie und überflog den Inhalt. Mit einem seltsamen Ausdruck überreichte er sie Josephus.

„Darf ich Sie bitten, Herr Coppin“, sprach er, „sich einmal diese Papiere anzusehen.“

Zum erstenmal seit seinem Eintritt in den Dienst der Brauerei hörte sich Josephus als „Herr“ angedredet. Die Anrede befremdete ihn, noch mehr der unerklärliche Blick, der ihn aus den Augen seines Chefs traf, und als er fragend zu Harry aufschah, zeigte dessen Gesicht die gleiche Teilnahme und das gleiche Willkür. Dann wendete er sich

Ne selbst zur Erteilung von Privatunterricht ge- brauchen, so bedarf er hierzu der Geneh- migung des Kirchenvorstandes. Der Lehrer hat darauf zu sehen, daß die Orgel in gutem Zustande verbleibt. Mängel oder Schäden hat er dem Pfarrer sofort anzuzeigen, sowie bei ihm, so oft es erforderlich und er nicht in der Lage ist, selbst Abhilfe zu schaffen, zu beantragen, daß die Orgel gekümmert werde.

Wenn der Pfarrer verhindert wird, den öffentlichen Gottesdienst selbst zu halten, oder wenn matrikelmäßig ein Seelsorgeamt statzufinden hat, so hat der Lehrer an Stelle des Pfarrers und nach dessen Anweisung eine gedruckte Predigt an dem Pulpit oder einer anderen vom Pfarrer zu bestimmenden Stelle vorzulesen oder mit der Schulkinder zu kataphisieren. Die Kanzel hat er nicht zu betreten. In keinem Falle darf er etwas anderes vorlesen, als was ihm von dem Pfarrer vorgeschrieben oder gestattet worden ist, und hat sich jeglicher eigenmächtigen Zusatzes oder Abänderungen zu enthalten.

In Schulorten, die nicht zugleich Pfarrorte sind, hat der Lehrer, soweit herkömmlich, die Gemeindeglieder aufzuzeichnen, welche sich zur Beichte melden, und dieses Verzeichnis dem Pfarrer rechtzeitig zu übermitteln.

Diese Gesindeordnung für Volksschul- lehrer ließ die Thüringische Lehrerzeitung ohne ein Wort des Protestes passieren. Die Lehrer, die durch die Verordnung einfach dem Pfarrer gegenüber zur Knechtsrolle verurteilt worden sind, wagen nicht einmal einen papierenen Widerspruch. So werden in einem deutschen Bundesstaat die Erzieher der Ju- gend behandelt, und stumm und demütig nehmen sie es hin. Wie Gott (oder die vorgesehene Behörde) es will, sie halten still. Es fehlt jetzt nur noch, daß die Lehrer auch zum Stalldienst auf den Pfarrhöfen kommandiert werden, falls so ein gottesgelahrter Herr Pfarrer nebenbei noch Landwirtschaft zu betreiben beliebt.

Aus der Partei.

Genosse Fritz Stegmann, Geschäftsführer unseres Erfurter Parteigebiets, ist im Alter von 71 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Ein Stück Parteigeschichte verkörperte sich in ihm. Von Beruf Steinhauer, trat er 1872 der Partei bei, in der er, besonders während der Dauer des Schand- gesetzes, stets muntergültig seine Parteipflicht erfüllte. An der Gründung von Gewerkschaften und Unterstützungskassen in Erfurt war er gleichfalls beteiligt. Die Gründung der „Erfurter Tribune“ vollzog sich unter seiner Mitwirkung. Alles in allem: er gehörte zu den Besten. Das Andenken an ihn wird lebendig bleiben.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg veröffentlicht soeben seinen ge- druckten Jahresbericht für 1911/12, in dessen Einleitung fest- gestellt wird, daß der Verein „an Umfang und Festigkeit im Geschäftsjahr wesentlich gewonnen“ hat. Die Zahl der Mit- glieder betrug am 1. Juli d. J. 7265 (1911: 6285), darunter 1238 weibliche (1012). Von den Mitgliedern fanden nur 881 im Alter unter 25 Jahren, wodurch das fürchte Gerübe der bürgerlichen Gegner Widerlegung erfährt, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen nur unerfahrene, jugendliche Leute seien. Der Verein hatte eine Einnahme von 46.545,39 Mk. und eine Ausgabe von 42.914,18 Mk. Sein Kassenbestand betrug am 1. Juli d. J. 20.320,71 Mk. Erwähnt mag noch werden, daß mit dem 1. Oktober d. J. die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam begründete Zentralbibliothek mit einem Bestande von annähernd 10.000 Bänden eröffnet wird.

Wegen Beleidigung des Weimariischen Staatsmini- sters hatte sich der Verantwortliche der „Weimariischen Volkszeitung“, der Genosse Haber, vor der Strafkammer in Weimar zu verantworten. Im Dezember v. J. wurde in Bad Nauha der Kassierer der städtischen Sparkasse in den Gemeinderat gewählt. Der Bezirksausschuß erklärte die Wahl aber für ungültig, da der Gewählte als städtischer Be- amter nicht wählbar sei. Auf behördliche Anordnung wurde dann eine Neuwahl vorgenommen, und ein anderes Gemein- deparlament gewählt. Auf eine Weisung erklärte nun das Staatsministerium als oberste Instanz die Wahl des Sparkassenpräsidenten für rechtsgiltig, da dieser kein städtischer Beamter sei. Dadurch wurde die zweite Wahl ungültig, und der Neuwahl mußte das Stadtparlament wieder ver- lassen. Durch eine Kritik dieser Angelegenheit in der „Volks-

zeitung“ fühlte sich das Staatsministerium beleidigt und stellte gegen den Verantwortlichen Strafantrag. Der Angeklagte lehnte aber vor der Verhandlung nicht nur sämtliche Richter der Strafkammer in Weimar, sondern die des Großherzogtums überhaupt aus Besorgnis der Befangen- heit ab. Nach längerem Für und Gegen der Parteien ver- stattete das Gericht die Verhandlung. Eine besondere Ver- schlussschammer hat zunächst über den Ablehnungsantrag des Angeklagten zu entscheiden.

Lohnkämpfe im Holzgewerbe.

Ohne in der Öffentlichkeit viel Lärm zu schlagen, haben die Holzarbeiter auch in diesem Jahre wieder eine beträcht- liche Anzahl von Lohnbewegungen geführt, die in ihrer Mehrzahl mit namhaften Verbesserungen der Arbeitsbedin- gungen für die Beteiligten endeten. Auf dem kürzlich statt- gefundenen Verbandstage des Holzarbeiterverbandes konnte der Vorstand berichten, daß in diesem Jahre bereits zahl- reiche Bewegungen durch Abschluß von Tarifverträgen ihre Erledigung gefunden haben und außerdem eine größere Zahl Bewegungen im Gange sind, resp. die Genehmigung des Verbandes gefunden haben.

In den letzten Wochen machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, monach im Holzgewerbe ein allgemeiner Kampf wegen der Frage der Arbeitszeit bevorstehen soll. Dazu ist zu sagen, daß zwischen den beiden Zentralorgani- sationen die Vereinbarung getroffen worden ist, im Laufe des Sommers den Versuch zu machen, eine generelle Regelung der Arbeitszeit für das ganze Reich herbeizu- führen. Inwieweit das gelingt und welche Konsequenzen sich eventuell daraus ergeben, steht vorläufig noch dahin. Der Plan geht von der Ansicht aus, bei den zukünftigen Tarifkämpfen die Frage der Arbeitszeit, wenn möglich, aus- zuschalten und für sich besonders zu behandeln. Gelingt das nicht, dann muß auch diese Frage ebenso wie alle übrigen, bei den Vertragsrenewierungen ihre Erledigung finden.

Gegenwärtig toben in mehreren Orten Kämpfe. In Bremen haben es die Schafmacher des Baugewerbes, die es nun schon zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit um Kampfe getrieben haben, weil sie den Tischlern hartnäckig die allgemeinen üblichen Arbeitsbedingungen verweigern. Doch auch ihnen muß noch einmal die Überzeugung beigebracht werden, daß sich die Arbeiter auf die Dauer nicht wider- spruchlos knechten lassen. Solange sie das nicht einsehen wollen, werden sich die Kämpfe wiederholen.

Die Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen hat auf die Disziplin der Unternehmer ein eigenartiges Licht ge- worfen, indem die Mitglieder des Arbeiterbundes für das Baugewerbe in Lüdenscheid, die bei den Verhandlungen in erster Linie das große Wort führten, nachher, als das Verhandlungsergebnis nicht nach ihrem Willen ausgefallen war, sich einfach nicht fügten und die Vereinbarungen ablehnten. Nach mehrwöchigem Kampfe hatten sie neben dem Schaden auch noch den Spott zu tragen, da sie schließlich den Vertrag doch anerkennen mußten.

Von dem gleichen Geiste in Bremen lassen sich die Unternehmer in Schleswig leiten, indem sie auf Ver- anlassung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe die in einer Verhandlung gemachten Zugeständnisse wieder zur- rückzogen und dadurch den Kampf unvermeidlich machten, der nun schon über fünf Wochen tobt.

Weitere Kämpfe, die für die fernere Gestaltung der äußeren miserablen Arbeitsverhältnisse von größter Bedeu- tung sind, finden gegenwärtig noch statt in Brand in der Erzgebirgischen Holzindustrie, in Dänemark an der Elbe, in Ragnit in Ostpreußen (Schal- und Kistenfabriken), Weisel/Rhein und Sensburg.

Die Stenografie in Wald führen einen erbitter- ten Kampf um den Neunstundentag, der von den Unter- nehmern mit gleicher Entschiedenheit abgelehnt wird.

Die Fürkennmacher streiten in Dortmund wegen minimaler Verbesserung ihrer Löhne, und die Winkels- arbeiter in Dinkelsbühl, um die brutale Behand- lung und Lohnverschlechterungen abzuwehren.

Die Korbmacher in Stettin erzielten einen Ver- tragabschluß mit dem Provinzialverband der Pommerschen Korbmachereier, der eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden auf 57 Wochenstunden und 8 bis 10 Proz. Lohn- erhöhung vorsieht.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Baugewerbe resp. dessen Mitglieder in Burg bei Magdeburg, Gera und Plauen i. B.,

haben ihre Vertragstreue wieder einmal glänzend getätigt. In diesen Orten bestehen Tarifverträge, die zwischen beiden Zentralorganisationen abgeschlossen sind mit der klaren Be- stimmung, daß die Verträge für alle Betriebe der Tischlererei zu gelten sollen. In Burg weigerte sich ein außerhalb des Schutzverbandes stehender Unternehmer, den Vertrag anzuerkennen, und in Gera und Zeitz geschah solches sogar von Mitgliedern der Unternehmerorganisation. Da blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als zur Arbeits- einstellung in diesen Betrieben zu schreiten, oder dieses doch in Aussicht zu nehmen, um den bestehenden Verträgen Geltung zu verschaffen. Die Unternehmerorganisationen am Orte dagegen, anstatt die Verträge mit durchzuführen zu helfen, erklärten sich mit den vertragseindlichen Unternehmern solidarisch und sperrten die Arbeiter wegen ihres Vorgehens durch schwarze Listen von der Arbeit in den übrigen Be- trieben aus.

Auch den Unternehmern in Briege und Schönlanke, die nach mehrwöchigem Kampfe den zuerst abgelehnten Schiedspruch nachträglich doch anerkennen mußten, war dieses Resultat nur durch das energische Eintreten des Holzarbeiterverbandes für die gefällten Schiedsprüche abzu- ringen.

Der Streit in der Gölzinger Waggonfabrik hält noch immer die Gemüter der Bewohner dieses Städtchens in Aufregung, da die Streikbrecherkolonnen sich alle mög- lichen Ergesse und Kabauschen, sogar teilweise unter den Augen der Polizei erlauben dürfen; es ist aber noch nichts davon bekannt geworden, daß diesem Treiben gegenüber die Polizei oder Staatsanwaltschaft schon einmal eingeschritten wäre, während gegen die Streitenden die größte Schmeid angewandt wird.

In Weenheim ist die 9/11stündige Arbeitszeit durch den Holzarbeiterverband durchgeführt worden.

Im Geringswalder Stuhlgebiet, zu welchem außer- dem noch Waldheim, Leisnig und Partha gehören, ist nach langwierigen Verhandlungen ein Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen die Arbeitszeit sofort auf 66 Stunden und am 1. Oktober 1913 auf 55 Stunden herabgesetzt wird bei einer Lohnhöhung von sechs Pfennigen pro Stunde. Doch der Hauptwert dieser bedeutungsvollen Bewegung liegt darin, daß die außerordentlich verzwickte liegenden Akkordverhält- nisse bis ins kleinste geregelt wurden durch Schaffung von illu- strierten Akkord- und Tarationstarifen.

Da die Akkordarbeit vorherrschend ist, bedurfte diese in erster Linie einer Regelung, die nimmermehr in durchaus glück- lichem Sinne erreicht ist. Der abgeschlossene Vertrag — der erste seiner Art in der deutschen Stuhlindustrie — nebst den Akkordtarifen bildet ein statiliches Werk, das seinen Schöpfern alle Ehre macht.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Metallarbeiterstreik in Thale a. Harz. Der Streit auf dem Eisenhüttenwerk in Thale a. H. hat eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß am Mittwoch sämtliche Former und Gießereiarbeiter ebenfalls die Arbeit eingestellt haben. In der Abteilung Gußfabrik sind die Ar- beiter ausgesperrt worden. Die Betriebsleitung verlangt von den Arbeitern die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und will erst, wenn der Betrieb wieder voll im Gange ist, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter nach Möglichkeit erfüllen. Die Streitenden verlangen natürlich, daß ihnen vor Wiederaufnahme der Arbeit ausreichende Zugeständnisse gemacht werden. Einer Kommission der Ar- beiter, die mit der Betriebsleitung verhandelte, waren nur ganz ungenügende Zugeständnisse gemacht worden. Das Eisenhüttenwerk verbreitet durch die bürgerlichen Zeitungen die Nachricht, daß der Streik beendet sei. Auf diese Schwindelmeldungen fallen hoffentlich aufgeklärte Arbeiter nicht herein; sie würden nur ihren Arbeitsbrüdern in Thale den Kampf erschweren, zumal andere Arbeitsgelegenheit als auf dem Hüttenwerk in Thale nicht vorhanden ist.

Handwerkerstreik für das Juchthausgefängnis. Da der ganze Chor der Schafmacher nach einem Verbot des Streik- postenlebens schreit, da dürfen die biederen Innungsmeister nicht fehlen. Auf dem soeben beendeten 27. deutschen Schloßfesttag, der in Bremen tagte, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, an die Reichs- resp. Landesregierung das Ersuchen zu richten, im Interesse des ganzen Gewerbestandes, sowohl der Industrie als auch vor allen Dingen der Arbeiter (lies: Singerbrüder) und des Handwerks für ein Verbot des Streikpostenlebens einzutreten, sowie einen Schutz der Arbeit- er (?) auf der Arbeitsstätte einzuführen. Nun sage noch einer,

zu den jungen Kontoristen, die verroundert von einem zum andern schauten.

Es hing etwas in der Luft, aber was mochte es nur sein? Im Nu erlangte er keine Geistesgegenwart wieder, schüttelte den Staub von den Papieren und begann sie zu prüfen.

Wichtig bemächtigte sich seiner eine heftige Erregung. Schnell ließ er die Papiere durch seine Finger gleiten und schien nach Luft zu ringen.

„Hörst du, Josephus“, redete ihm sein Vetter zu und legte die Hand auf seinen Arm. „Was sind das für Pa- piere?“

„Es sind — ha! ha! — es sind — ha! ha! ha!“ Er vollendete den Satz nicht, da ihm die Stimme versagte, und mit einem hysterischen Lachen fiel er in den Stuhl zurück und vergrub den Kopf in die Hände.

„Es sind Provinzbestimmungen und sonstige Papiere“, sprach Harry und nahm sie aus seines Vetters Händen. Er hatte die fehlenden Worte in Bob Coppins Brief richtig ge- deutet.

Der Chef blinnte seine Angestellten an. „Etwas Grün- liches hat sich angetragen“, redete er sie an. „Nach vielen Jahren unbedingten Mißtrauens und unbedingter Zurück- lehnung hat sich endlich Herr Coppins Unglück herausge- stellt. Wir können ihm die verlorenen Jahre nicht zurück- geben, aber wir können uns mit ihm freuen, daß jeder Fleck von seinem Namen verschwunden und ihm seine Ehre voll und ganz wiedergegeben ist.“

„Kommt mit mir, Josephus“, sprach sein Vetter, „und zeige dich im Glück so tapfer, wie im Unglück. Erinnere dich.“

Der alte „junge Mann“ richtete den Kopf auf und blinnte um sich. Seine Wangen waren leuchtend, in seinen Augen standen große Tränen und um seine Lippen spielte es.

„Bringen Sie Ihren Vetter nach Hause“, sprach der Hauptkassierer wohlwollend zu Harry, „und lassen Sie ihn zu mir zurück.“

Josephus folgte Harry ohne Erwarten in die Pension. „Josephus hat eine Gemütskur durchgemacht“, erklärte Harry. „Es war aber nichts Schlimmes, sondern im Gegenteil etwas recht gutes. Nach all diesen langen Jahren haben sich die Bestnoten nun doch wieder- gefunden, und damit ist nicht nur die Unglücks meines Vet- ters erloschen, sondern auch seine Verurteilung auf einen besseren Posten gehoben. Geben Sie ihm einen guten Schluß- satz mit, und lassen Sie ihn sich ein wenig aus- ruhen.“ Dieser Rat war wohl angebracht, da Josephus

nach immer wie herabst und sich blinnte und nicht begriff, worum es sich eigentlich handelte.

Harry nötigte ihn sanft in einen Lehnstuhl und überließ ihn dann der Pflege der Frau Bormalack, um nach der Brauerei zurückzufahren.

Der Oberbrauer befand sich bei dem Hauptbuchhalter und beide erörterten, was für Josephus zu tun sei. Sie fanden warme Worte der Anerkennung für Harry, sprachen von Intelligenz, ohne die in der Welt nichts gelingen könne, und kündigten ihm an, daß sie sofort einen ausführlichen Bericht an Frau Bormalack senden, und darin nicht nur seinem Verhalten das gebührende Lob spenden, sondern auch um Verhaltungsmaßregeln in bezug auf Josephus ersuchen würden.

„Wenn ich meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen darf“, sprach Harry, „so möchte ich zu bedenken geben, daß sich ein Mann von fünfundsünfzig Jahren, der sein ganzes Leben lang nur einfache Schreiberarbeit getan hat, kaum noch zur Übernahme einer verantwortlichen Stel- lung eignet.“

„Was ist das?“

„Nach dem Unglück verlor mein Vetter alles Interesse am Leben, und ich glaube, daß er während der ganzen Zeit kein einziges Buch gelesen oder sein Wissen irgendwie er- weitert hat.“

„Nun wir werden ja sehen.“ Die beiden Gewaltigen dachten nicht daran, einen Arbeiter in ihr Vertrauen zu ziehen. „Unter den Papieren hat sich jedoch auch noch ein Dokument befunden, das Sie anzusehen scheint. Hieß nicht Ihre Mutter Karoline Coppin?“

„Ja.“

„Dann sind diese Papiere Ihr Eigentum. Wahrschein- lich wurden sie von einer Person, die ein Interesse daran hatte, Herrn Messinger zum Aufbewahren gegeben und dieser legte sie der größeren Sicherheit wegen in den Geldschrank. Wir wünschen, daß sie Ihnen nützen mögen.“

Harry reichte sie ohne sonderliche Neugierde zu sich und schritt davon. Am Abend veranstaltete Josephus einen Empfang. All seine Altersgenossen, die gleichzeitig mit ihm in den Dienst der Brauerei getreten und seither über keinen Kopf hinweg zu guten Stellungen befördert worden waren, desgleichen auch die jungen Kontoristen, mit denen er bis auf jenen Tag zusammengearbeitet hatte, fanden sich ein, um ihn zu beglückwünschen. Es schien ihm in jenem Augenblicke, als ob dieser Anstand der allgemeinen Teilnahme alles Leid der Vergangenheit auslöschte, und erst am folgenden Morgen ge- langte er zu der Erkenntnis, daß ihm selbst ein Übermaß von

Teilnahme nicht die verlorene Jugend zurückbringen könne. Er rang sich jedoch nie zur vollen Erkenntnis dieser Wahrheit durch und begann das Leben an dem Punkte wieder aufzunehmen, wo es eine so läche Unterbrechung er- fahren hatte.

18. Kapitel.

Bormund und Mündel.

Als sich Harry am nächsten Morgen der ihm übergebenen Papiere erinnerte, haßte er sie hervor, und ihr Inhalt interessierte ihn derart, daß er sich an jenem Vormittag über- haupt nicht in der Brauerei blicken ließ.

Er hatte sich bisher nur wenig um Rechtsangelegenheiten gekümmert und gebrauchte einige Zeit, um sich über die Deutung eines umfangreichen Dokumentes Klar zu werden, das eine letztwillige Verfügung war und zwei Männer, John Stelton und Benjamin Bunker, zu Vormündern der Karoline Coppin während ihrer Minderjährigkeit ernannte. In schwülstiger Juristenprache hieß es, daß diese Vormünder das Einkommen aus drei genau angeführten Häusern, unter denen das von Bunker an Angela vermietete sich auch be- fand, zum Besten ihres Mündels bis zu dessen Großjährig- keit verwalten und ihm von da an die Zinsen des bis dahin angehäuften Vermögens sowie den Mietsvertrag der drei Häuser in vier Vierteljahrestaten auszahlen sollten. In den Urkunden befanden sich ferner Bestimmungen, durch die in weißer Voraussicht Kapital und Häuser dem Verfügungsberechtigten ihres Gatten entzogen wurden, falls Karoline Coppin he- ratete. Im Falle des Todes Karoline Coppins sollten die Vormünder im Interesse der von ihr hinterlassenen Erben mit der Verwaltung des Vermögens und der Häuser fortfahren.

Als Harry zum erstenmal die Urkunde bis zu Ende ge- lesen hatte, war ihm von all den rechtlichen Fadaus- bräden ganz wie zumute, und erst nachdem er sie langsam und bedächtig zum zweitenmal gelesen hatte, dämmerte in ihm eine Ahnung von ihrer wahren Bedeu- tung auf.

„Die Häuser“, sprach er zu sich, „die Häuser meiner Mutter gehörten ihr und keinem andern und wurden in ihrem Interesse von den beiden Vormündern verwaltet. Nach den Bestimmungen des Erblassers konnten die Häuser weder verkauft noch zur Deckung von Schulden des Chemannes Karoline Coppins herangezogen werden. Vormünder waren John Stelton und Benjamin Bunker. John Stelton ruht vermutlich schon in Abrahamss Schoß. Und Benjamin Bun- ker — wozu wird er gehen?“

Er las das Dokument zum drittenmal.

(Fortsetzung folgt)

Frauenmord in Regensburg. In der verflochtenen Nacht wurde in Regensburg ein Raubmord verübt. Dort wurde die 35jährige Privatierin Helene Finkler, die Wittwehaberin der Firma Finkler u. Dorfmeister, durch Messerstücke ermordet und beraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Risiko der Arbeit. Auf Grube Fußberg bei Biersdorf kürzten zwei im Oberbruch beschäftigte Arbeiter ab. Einer von ihnen war sofort tot, der andere ist schwer verletzt.

Furchtbares Unglück. Durch Blitzschlag war in Sandhausen in Baden die elektrische Hochspannung zerrissen worden. Ein Schneidergeselle, der auf den Draht trat, wurde getötet. Ein zweiter Schneidergeselle alarmierte die Sanitätskolonne, die aber den brennenden Leichnam nicht fortzuschaffen konnte. Erst als später der elektrische Strom ausgeschaltet war, konnte man den inzwischen vollständig verkohlten Körper vom Draht entfernen.

Bei einer Bootsfahrt auf dem Plözensee wollte einer von 5 Insassen baden. Als er nach dem Bade wieder ins Boot klettern wollte, kenterte dasselbe und sämtliche Personen stießen ins Wasser. Hierbei sind 2 Personen ertrunken.

Liebesdrama im Taunus. In einem Taunusdorf bei Nauheim hat sich eine Liebestragödie abgespielt. Der 21jährige Arbeiter Fritz Eckert in Obereichbach bei Homburg unterhielt seit drei Jahren ein Liebesverhältnis mit der 21jährigen Elise Rodeck in Pfaffen-Wiesbach bei Nauheim. Die Eltern des Mädchens drangen in letzter Zeit auf Lösung des Verhältnisses, da der junge Mann noch militärfrei sei. Am Freitag erhielt Eckert einen Absagebrief, und noch am selben Abend drang er in die Wohnung seiner Geliebten ein und tötete sie durch einen Revolvererschuss. Darauf richtete Eckert die Waffe gegen sich selbst und erschoss sich.

Schnelligkeitsrekord im Aeroplan. Der Flieger Legagneux hat mit einem Fluggerät an Bord seines Gindeckers auf dem Flugfelde bei Compiègne 150 Kilometer in einer Stunde sieben Minuten zehn Sekunden zurückgelegt und damit einen neuen Schnelligkeitsrekord aufgestellt.

Neue Eisberggefahr für die transatlantischen Schiffe. Der der White Star Linie gehörige Dampfer „Adriatic“ berichtet, daß er am 18. Juni unter dem 48. Breitengrad 20 Minuten nördlich einen ungeheuren Eisberg gesichtet habe. Er sandte ein drähloses Telegramm an die „Mauretania“, welche denselben Kurs verfolgte, um sie zu warnen, und feuerte dann in südlicher Richtung nach New York, wo er mit vier Stunden Verspätung eintraf. Die „Mauretania“, die nach einigen Stunden die Stelle ebenfalls passierte, hat den Eisberg ebenfalls gesehen, welcher in der Fahrlinie liegt, die der Dampfer „Titanic“ während seiner Todesfahrt eingehalten hat.

Kesselrohr-Explosion an einem Dampfer. Aus Nauheim traf die drählose Nachricht in New York ein, daß an Bord des italienischen Dampfers „Principe di Piemonte“, der von Genua nach New York fährt, eine Kesselrohr-Explosion stattgefunden hat. 5 Maschinisten wurden getötet und mehrere verletzt.

Der tapfere Richter. Im „Heimgarten“ erzählt Peter Rosegger eine lustige Geschichte, die sich vor Jahren in Ober-Weißberg zugetragen hat. „Ich sehe es noch“, plaudert er, wie die Frau Gemahlin des Bezirksrichters auf dem Wege in das Geschäft ist, um sich den neuen Modestück zu holen. Als sie am Bezirksgericht vorbeikommt, wo gerade Amtstag ist, fällt es ihr ein, daß heute die Schleiferdirm verurteilt wird. Bei diesem Weisbild seiner Schand möchte sie doch dabei sein. Vor der ihr Geiseln geht ja kein Mensch sicher! — Die Frau Bezirksrichterin schließt zum hinteren Tor hinein, unter den Zuhörern nimmt sie bescheiden Platz. Ihr Mann hat sie jaust in der Arbeit, die Schleiferdirm. Er könnte schon derber sein mit ihr. Aber weil sie halt ein „sauberes“ Weisbild ist, natürlich! — Also, Agnes Schleiferin! jagt der Richter nahezu fremdblich. Sie sind verflucht, die kaiserlich-königliche Behörde beleidigt zu haben, indem sie gelegentlich eines Streites mit der Ehefrau Raitbauer, die Jüden mit dem Bezirksgericht drohte, gesagt haben sollen, das Bezirksgericht sei ein Saustall. Haben Sie das gesagt? — Ehe noch die Angeklagte antworten konnte, erhob sich ihr Verteidiger und sprach: „Wenn, Herr Richter, das Wort wirklich gefallen ist — was durchaus nicht feststeht —, so schwärze hier ein Präsidialmandat. Sie hat nicht das läbliche Gericht gemeint mit dem vollkommnen Ausdruck, sondern den Kotter!“ — „Nu ja freilich, versteht sich! Was nicht noch!“ rief im Publikum hinten eine höhnische Stimme. Der Richter erhob sein Haupt, schaute hin, sagte aber nichts. Dann wendete er sich wieder zur Angeklagten: „Sie haben also mit dem Saustall nur den Arren ge-

meint? — Und die Antwort: „Na ja, sagt hab ich's halt. Wird wohl gemeint gewesen sein, wie ich's glagt hab.“ — Da sprach der Richter: „Auf jeden Fall achte ich Ihr freimütiges Geständnis, berücksichtige die Aufregung, in der Sie gewesen sein werden, sowie auch Ihr bisher unbescholtenes Vorleben und spreche Sie frei.“ — „Da hört sich doch alles auf!“ rief im Zuschauerraum die Stimme wieder. — „Ruhe!“ donnerte der Richter. — „Ja freilich, still werd' ich sein, wenn du diese Person freisprichst, weil dich wohl ihr glattes Larvengesicht besticht, du alter Esel du! Hat sie nicht auch mich zu Pfingsten ein schielend Frauenzimmer geheißen? Und das dumme Schaf spricht sie frei!“ — Schreckbar wild hieb der Richter seine Faust auf den Tisch, aber gleichzeitig schüttelte ihn ein Schauer, er hatte seine Frau erkannt. Inbes fühlte er an dieser Stelle festen Boden unter sich, und er verurteilte die Ruferin im Publikum wegen Beleidigung einer Amtsperson zu zehn Gulden Geldstrafe respektive zu zwei Tagen Arrest. Die Frau stugte. Daß hier weiterer Widerspruch nicht am Plage, das schwante ihr. Das für den neuen Gut bestimmte Geld, sie erlegte es auf der Stelle, hob aber dann gegen den strengen Richter die Faust: „Na, wart! G'freu' dich, wenn du nach Haus kommst!“ und verzog sich heftig. Am selben Abend kam der Bezirksrichter gar beklommen zu seinem Freund, dem Steuereintnehmer. „Du gelt, ich kann in Deinem Hause schlafen, jetzt die paar Nächte? Bis der neue Wibernelzmantel kommt, den sie allemal gerne haben wollte. Ich habe schon telegraphiert darum.“

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern): Gewerbe-Anmeldebchein.
- 5) Zimmungsmitgliedschein.
- 6) Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen: 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder. 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 45, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Wolkenbrüche und Wirbelstürme in Amerika. Die Bergwerksstädte Mazuma und Seventhougs in der Nähe von Reno im Staate Nevada sind durch Wolkenbrüche und Wirbelstürme fast vollkommen vernichtet worden. Dreißig Leichen sind bisher ge-

borgen. Hunderte von Menschen werden vermisst. Sie sind zweifellos alle umgekommen. Viele Hundert sind verwundet. Der Zugang zu den Ruinen der Stadt ist äußerst schwierig. Die umliegenden Städte senden Nahrungsmittel, Ärzte und Wärterinnen. Viele Bewohner von Reno eilten mit Automobilen nach dem Schauplatz der Katastrophe konnten aber nicht vordringen, da die Bergstraßen durch Wasser zerstört sind. Die Überlebenden durchsuchten mit Laternen die Trümmer und befanden sich in unbeschreiblicher Verwirrung. Da das Wasser des Humboldtflusses plötzlich stieg, wurde vielen Bewohnern der Weg zur Rettung abgeschnitten. Das Hotel in Mazuma ist vollkommen eingestürzt. Viele Familien sind vollkommen vernichtet. Schreckliche Szenen spielten sich ab. Väter retteten verzweifelt ihre Kinder, und manche mußten zusehen, wie andere hilflos ertranken. Die Nachrichten laufen nur sehr spärlich ein, da die Drähte aller Leitungen zerstört sind.

Der Polizeimord in New York. Über die Mordeaffäre Rosenthal wird gemeldet: Die mit der Ermittlung der Mörder Rosenthals betrauten Detektiven entwickelten Tag und Nacht eine fleißige Tätigkeit und verfolgten bereits mehrere Spuren. (Hoffentlich mit bestem Erfolg als die Detektiven in Mark Twains Kriminalgeschichte „Der gestohlene Gefant“! Red.) Der berühmteste Spieler Jack Rose, ein Freund des Ermordeten, der in Spielkreisen unter dem Spitznamen „Billardball“ bekannt ist, hat sich auf die Polizeipräfektur begeben. Rose, der im Alter von 50 Jahren steht, ist sehr elegant gekleidet und tritt sehr zuversichtlich auf. An beiden Händen trägt er kostbare Brillantringe. Er erklärte dem Polizeikommissar, daß er eine der Personen sei, die sich in dem Mordeautomobil befunden hatten. Er habe den Wagen aber verlassen, bevor die Morbtat passierte und habe von dieser überhaupt nichts gewußt. Rose wurde gestern dem Staatsanwalt vorgeführt, dem er ebenfalls erklärte, daß er an dem Verbrechen unschuldig sei. Bürgermeister Gaynor von New York hat die Untersuchung persönlich in die Hand genommen. Ein Polizist, der bei der Ausübung des Verbrechens sich in einem gegenüberliegenden Lokal befunden hatte und Zeuge der Bluttat war, wurde von seinem Amte suspendiert. Er erklärte, daß er durch die ungeheure Menschenmenge, die sich an dem Tatorte angesammelt hatte, an der Verfolgung verhindert worden sei. Donnerstagabend fand unter überaus zahlreicher Beteiligung die Beisetzung des ermordeten Spielhöllebesizers Rosenthal statt. In dem Trauerzuge waren alle Verbrecherkategorien New Yorks vertreten, Diebe, Eindrehler, Spieler. Bezeichnend ist, daß sich in dem Trauerhause sämtliche Spielhöllebesizer New Yorks eingefunden hatten, um den Verdacht, daß sie an der Ermordung Rosenthals beteiligt seien, zurückzuweisen. Der Staatsanwalt Whiteman ist nach wie vor der festen Überzeugung, daß die Anstifter zu dem Mord in den Kreisen höherer Polizeibeamten zu suchen sind. Wie es heißt, soll die Verhaftung mehrerer hoher Polizeibeamten nicht bevorstehen. Dieses Gerücht gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, nachdem die Verteidiger des verhafteten Chauffeurs vor Gericht die Erklärung abgegeben haben, daß die Polizei die Ermittlung der wirklichen Urheber der Morbtat anscheinend nicht wünsche. Dies entnehmen die Verteidiger aus einer Äußerung der Insassen des Automobils. Diese sollen dem Chauffeur, als er wegen einer kleinen Panne Rast machen wollte, zugerufen haben: „Sehen Sie denn nicht ein, daß die Polizei uns entkommen lassen will?“

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen der freien Jugend Lübecks!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.



Jedes Heft ist reich illustriert!

An beziehen durch die

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenscheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die festeste Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,

sowie deren Kolportage und Ausrichter.